



Präventions- bericht 2005

über die
Aktivitäten der
Kriminal- und
Verkehrsprävention
beim
Polizeipräsidium Karlsruhe



Präventionsbericht 2005

Herausgeber:

Polizeipräsidium Karlsruhe
Prävention
Beiertheimer Allee 16
76137 Karlsruhe
Telefon: 0721 / 939 - 4581
Telefax: 0721 / 939 - 4589
E-Mail: praevention@ppka.bwl.de
Internet: www.polizei-karlsruhe.de

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	5
• Struktur der Prävention beim Polizeipräsidium Karlsruhe	5
• Durchführung der polizeilichen Präventionsarbeit	6
• Kommunale Kriminalprävention.....	6
• Fördervereine in der Kommunalen Kriminalprävention	6
• Präventionsdatenbank „PRAKTIS“.....	7
• Förderinitiative Jugendkriminalprävention (FJK).....	7
Zahlen, Daten, Fakten	8
• Präventionsaktivitäten im Jahr 2005	8
• Erreichte Personen	10
• Sicherheitstechnische Beratungen	11
• Städtebauliche Kriminalprävention	13
Themenbereiche	14
• Gewalt	14
○ Gewalt an Schulen	14
○ Raub / Erpressung	16
○ Häusliche Gewalt	16
○ Sexuelle Gewalt	17
• Sucht	18
• Jugendschutz	20
• Diebstahl / Wohnungseinbruch	21
• Betrug	21
• Internetkriminalität	22
• Staatsschutz	22
• Senioren	23
• Opferschutz	24
• Verkehr	25
• Zivilcourage	27

Projekte / Gremien / Angebote	28
• Projekt „Hast du Bock auf BogG – Boxen gegen Gewalt?“	28
• Arbeitsgemeinschaft „Sicherheit für Senioren“	29
• Projekt „Sicheres Nightlife“	31
• Projekt „RESET – Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten“	32
• Kooperation „Agneshaus“ – Polizeiliche Prävention im Kindergarten	34
• Selbstbehauptungskurse	35
• Projekt „Fit for future“	36
• Projekt „Schulbusbegleiter Bretten“	36
• Projekt „Sicherheitsplakette“	37
• Projekt „Opfereinsatz auch im Ruhestand“	38
 Medien und Materialien	 40
• Medien des ProPK	40
• Eigene Medien	42
 Ausblick	 43
• Kampagne „Alkoholmissbrauch durch Kinder und Jugendliche“	43
• Zusammenarbeit mit Moscheevereinen	43
• Sensibilisierungskampagne „Aufmerksam unterwegs“	44

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Folgenden auf eine Unterscheidung zwischen weiblicher und männlicher Diktion verzichtet.

Vorbemerkung

Struktur der Prävention beim Polizeipräsidium Karlsruhe

Prävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die nicht nur die Polizei, sondern insbesondere die Politik, andere staatliche und nichtstaatliche Stellen, die Wirtschaft, die Medien sowie die Bevölkerung selbst Verantwortung tragen und ihre spezifischen Beiträge dazu leisten müssen. Dennoch spielt die **Polizei eine zentrale Rolle**, ist sie doch aufgrund ihrer täglichen Konfrontation mit der Kriminalität und dem Verkehrsunfallgeschehen ständig auf „Ballhöhe“.

Leitsätze wie „Vorbeugung ist die vornehmste Aufgabe der Polizei“ und „Vorbeugung ist Aufgabe jedes einzelnen Polizeibeamten“ sind Inhalte der ersten Stunden der Polizeiausbildung. Dies gründet nicht zuletzt auch darin, dass die Gefahrenabwehr, also die Gefahrenvorsorge und die vorbeugende Bekämpfung von Straftaten, bereits in der Generalklausel des § 1 Polizeigesetz Baden-Württemberg verankert ist.

Grundsätzlich ist **jeder Polizeibeamte** befähigt, Bürgern Hinweise und Empfehlungen zu geben, wie sie sich selbst vor Straftaten schützen können.

Jedes Polizeirevier innerhalb des Polizeipräsidioms Karlsruhe, einschließlich des Autobahnpolizeireviers und der Wasserschutzpolizeistation, hat darüber hinaus einen **Präventionsbeauftragten**, der die Präventionsarbeit auf Revierebene koordiniert. Seit 2005 ist auch bei der Kriminalpolizei ein Präventionsbeauftragter benannt.

Für die Themen „Rauschgiftdelikte“ und „Straftaten gegen Senioren“ stehen ebenfalls auf jedem Polizeirevier besonders geschulte Polizeibeamte für Vorträge und als Ansprechpartner zur Verfügung. Eine besondere Bedeutung kommt den **Jugendsachbearbeitern** bei der Schutz- und Kriminalpolizei zu, die sich sehr intensiv um die Prävention in Sachen „Jugendkriminalität“ kümmern.

Die Themen „Sexueller Missbrauch von Kindern“ oder „Politisch motivierte Straftaten“ liegen ausschließlich in den Händen von Beamten der Kriminalpolizei.

Mit der Schaffung der zentralen Organisationseinheit **Prävention**, die für die strategische Ausrichtung der polizeilichen Präventionsarbeit sowie die Initiierung und Durchführung themen- und dienststellenübergreifender Präventionsaktivitäten zuständig ist, hat die Leitung des Polizeipräsidioms Karlsruhe zum 01.01.2005 ein klares Zeichen bezüglich der Bedeutung und Wertigkeit der polizeilichen Präventionsarbeit gesetzt. Dabei wurden die Kriminalprävention und die strategische Verkehrsprävention organisatorisch zusammengefasst, um Synergieeffekte zu erzielen und Ressourcen freizusetzen.

Organisatorisch daran angegliedert ist die **Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle**, die sich überwiegend den Themen „Verhinderung von Einbruchdelikten“ und „Städtebauliche Prävention“ widmet, aber auch das Thema „Verminderung von Risiken bei Raubdelikten auf Einzelhandels- und Großhandelsbetriebe und auf Banken“ abdeckt.

Die Themen „Sicherheit im Straßenverkehr“ und „Verkehrserziehung im Kindesalter“ liegen schwerpunktmäßig in den Händen der **Verkehrserziehung**, wenngleich auch hier jeder andere Polizeibeamte „mit im Boot sitzt“.

Immer breiteren Raum nimmt das Thema „Opferschutz“ ein, um das sich neben der **Opferschutzkoordinatorin** auch **Opferschutzbeauftragte** auf jedem Polizeirevier und bei der Kriminalpolizei kümmern.

Durchführung der polizeilichen Präventionsarbeit

Im Mittelpunkt polizeilicher Präventionsarbeit steht der Kontakt zum Bürger.

Dabei ist das persönliche Gespräch zwischen dem Polizeibeamten und dem Bürger als weitaus wirkungsvoller anzusehen als alle Ratschläge in Broschüren und Faltblättern. Allerdings erwartet der Bürger nach wie vor, dass der Polizeibeamte „auf ihn zugeht“. Zwar hat die Zahl derer, die sich mittels Telefon, Fax, Brief oder E-Mail mit ihren Fragen an die Polizei wenden, deutlich zugenommen, dennoch existieren noch immer erkennbare Hemmschwellen.

Mit der Strategie eines breit gefächerten Angebotes, das die beiden o.a. Erkenntnisse berücksichtigt, versucht das Polizeipräsidium Karlsruhe mit dem Bürger ins Gespräch zu kommen und auf diesem Weg seine Präventionsbotschaften „an den Mann zu bringen“. Beispielhaft hierfür seien genannt:

- tägliche Kontakte im Rahmen der Streifentätigkeit
- kostenlose Beratungen (mit Ortsbesichtigung) zur Sicherung von Wohnungen und Häusern vor Einbruchdiebstählen
- Beteiligung an Messen, Leistungsschauen, Sicherheitstagen und vergleichbaren Veranstaltungen (z.B. „Tag der offenen Tür“) mit themenorientierten Informationsständen
- zielgruppenorientierte Vorträge z.B. bei Schülern, jungen Fahrern, Eltern, Senioren
- Mitwirkung an Projekttagen der Grund-, Haupt-, Real- und Berufsschulen sowie Gymnasien zu ausgewählten Themenbereichen
- Durchführung von kriminalitäts- und verkehrslagebildorientierten Projekten und Aktionen (z.B. Seniorentheater, Schulwegprogramm).

Kommunale Kriminalprävention

Bereits im Jahr 1997 waren umfangreiche Zusammenarbeitsstrukturen in der Kommunalen Kriminalprävention geschaffen und hierzu Gremien, Institutionen und Arbeitsgruppen (Runde Tische, Sicherheitsräte und -beiräte, ...) eingerichtet worden, die teilweise bis zum heutigen Tage Bestand haben. Zahlreiche weitere sind im Verlauf der letzten acht Jahre anlassbezogen und bedarfsorientiert hinzugekommen („Arbeitskreis Sucht im Landkreis Karlsruhe“, „Karlsruher Pädagogikoffensive (KaPO)“, ...), während nicht mehr erforderliche aufgegeben worden sind.

Mit der gemeinsamen Rahmenvereinbarung des Innenministeriums mit dem Städte-, Landkreis- und Gemeindetag aus dem Jahr 2004 ist der Gedanke der Kommunalen Kriminalprävention vertieft und die Koordinierungsfunktion der unteren Verwaltungsbehörden bekräftigt worden.

Sowohl in der Stadt Karlsruhe als auch beim Landratsamt Karlsruhe ist zwischenzeitlich eine „Koordinierungsstelle Kommunale Kriminalprävention“ eingerichtet worden.

Fördervereine in der Kommunalen Kriminalprävention

Neben dem Förderverein „Sicheres Karlsruhe e.V.“ gibt es im Bereich des Polizeipräsidiums Karlsruhe den Förderverein „Sicherer Südlicher Landkreis e.V.“ (FÖSSL) und den Förderverein „Sicheres Stutensee e.V.“.

In der Planung befindet sich derzeit ein Förderverein für den Raum Bruchsal.

Präventionsdatenbank „PRAKTIS“

Zu Beginn des Jahres 2005 ist die landesweite Präventionsdatenbank „PRAKTIS“ in Betrieb gegangen. Damit ist eine einheitliche Erfassung und Auswertung der gesamten Maßnahmen der Kriminalprävention gewährleistet. Für das Polizeipräsidium Karlsruhe hat dies allerdings zur Folge, dass sich Abweichungen gegenüber der bisher verwendeten Datenbank „Erfassung kriminalpräventiver Aktionen - KPA“ ergeben haben. Insbesondere sind thematische Differenzierungen (z.B. Banküberfall, Bombendrohung, Graffiti, Ladendiebstahl, Opferschutz, Zivilcourage, ...) weggefallen, was sich auch im Ergebnis der Jahresauswertung widerspiegelt.

Obwohl wünschenswert und von uns angeregt, ist die Erfassung verkehrspräventiver Maßnahmen bislang nicht möglich.

Förderinitiative Jugendkriminalprävention (FJK)

Nach dem Auslaufen der Zukunftsoffensive III (ZO III) im Laufe des Jahres 2004 war mit Geldern der Landesstiftung Baden-Württemberg die Förderinitiative Jugendkriminalprävention aufgelegt worden, die darauf abzielt, kriminalpräventive Projekte zur Eindämmung der Kinder- und Jugendkriminalität zu fördern.

Beide vom Polizeipräsidium Karlsruhe selbst bzw. maßgeblich auf den Weg gebrachten Projekte

- “RESET” und
- “Fit for future”

wurden bei der Vergabe der Fördergelder berücksichtigt und konnten im Jahr 2005 begonnen bzw. ausgearbeitet werden.

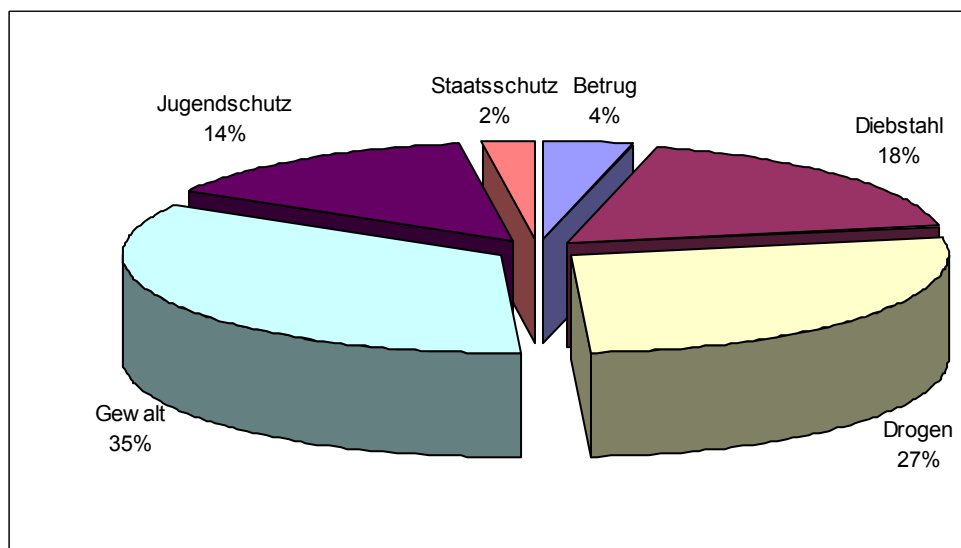
Vier weitere Projekte des Landratsamtes Karlsruhe, der Stadt Karlsruhe, des Stadtjugendausschusses Karlsruhe e.V. und der Stadt Bruchsal blieben leider unberücksichtigt.

Zahlen, Daten, Fakten

Präventionsaktivitäten im Jahr 2005

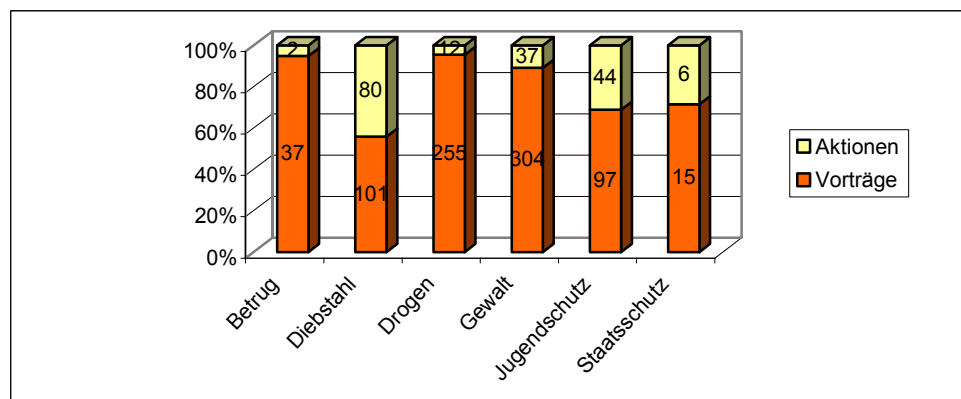
Im Jahr 2005 wurden im Dienstbezirk des Polizeipräsidiums Karlsruhe insgesamt 990 Präventionsveranstaltungen durchgeführt. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 13 Veranstaltungen.

Wie bereits in den Jahren zuvor stellt die Gewaltprävention mit 341 Veranstaltungen den größten Anteil, gefolgt von der Drogen-/Rauschgiftprävention mit 267 Veranstaltungen und der Diebstahlsprävention mit 181 Veranstaltungen.



Die Präventionsdatenbank „PRAKTIS“ unterscheidet die erfassten Datensätze in Präventionsvorträge und Präventionsaktionen. Während bei der Vortragstätigkeit überwiegend durch Polizeibeamte zu einem Themenbereich referiert wird, handelt es sich bei den Aktionen um darüber hinausgehende ein- oder mehrtägige Aktivitäten, anlässlich derer auch Kooperationspartner mit eingebunden waren (z.B. Projektwochen, Aktionstage, Aktivitäten auf Messen, Leistungsschauen oder vergleichbaren Veranstaltungen).

Die insgesamt 990 durchgeführten Präventionsveranstaltungen unterteilen sich in 809 Vorträge und 181 Aktionen.



Die Veränderungen in der Anzahl der durchgeführten Veranstaltungen gegenüber dem Vorjahr stellen sich wie folgt dar:

Themenbereich	2004	2005	+/-
Betrug	35	39	+ 11 % (4)
Diebstahl	140	181	+ 29 % (41)
Drogen/Rauschgift	232	267	+ 15 % (35)
Gewalt	399	341	- 14 % (58)
Jugendschutz	89	141	+ 58 % (52)
Staatsschutz	26	21	- 19 % (5)
Banküberfall	20	Nicht mehr separat erfasst	
Opferschutz	11	Nicht mehr separat erfasst	
Graffiti	3	Nicht mehr separat erfasst	
Zivilcourage	22	Nicht mehr separat erfasst	

Die Themenbereiche Banküberfall, Opferschutz und Zivilcourage werden in der Datenbank „PRAKTIS“ im Gegensatz zur vorherigen Datenbank „KPA“ nicht mehr separat ausgewiesen, sondern unter dem Thema Gewalt subsumiert. Gleiches gilt für den Themenbereich Graffiti, allerdings wurden diesbezüglich im Jahr 2005 keine Präventionsaktivitäten durchgeführt.

Die deutlich gestiegene Anzahl von Veranstaltungen zum Themenbereich Jugendschutz im Vergleich zum Vorjahr - bei gleichzeitig nahezu identischem Rückgang von Veranstaltungen zum Themenbereich Gewalt - resultiert daraus, dass sich die Jugendsachbearbeiter im Rahmen ihrer Vortragstätigkeit bei Schulen und Vereinen, aber auch bei verschiedenen Präventionsaktionen neben den anderen jugendschutzrechtlichen Bestimmungen verstärkt der Alkoholproblematik, insbesondere des so genannten „Koma-Saufens“ unter Jugendlichen, angenommen haben. Dabei wurde das Thema Gewalt zwar in zeitlich gleichem Umfang wie in den Vorjahren abgehandelt, aber wegen der aktuell höheren Gewichtung der Alkoholproblematik statistisch eine Erfassung „zu Gunsten“ des Themenbereiches Jugendschutz vorgenommen.

Ungeachtet dieser marginalen Verschiebung ist und bleibt die Gewaltprävention der Schwerpunkt der kriminalpräventiven Aktivitäten beim Polizeipräsidium Karlsruhe.

Die deutliche Steigerung der Veranstaltungen im Themenbereich Diebstahl resultiert aus der Verknüpfung der Kriminalprävention mit der strategischen Verkehrsprävention seit 01.01.2005. Bisher lediglich unter verkehrspräventiven Gesichtspunkten gestaltete Präventionsaktivitäten wurden, wo immer sinnvoll, mit kriminalpräventiven Themen kombiniert. So wurde dem Themenbereich Diebstahl schwerpunktmäßig breiten Raum zugestanden. Beispielhaft hierfür seien die Verkehrspräventionsaktivitäten im Rahmen der „Tour de France“, der „Tour de Ländle“, den Verkehrssicherheits-Events in zwei Diskotheken und den „Trucker-Treffs“ auf zwei Autobahnraststätten genannt, anlässlich derer eine Vielzahl von Bürgern erreicht werden konnte.

Erreichte Personen

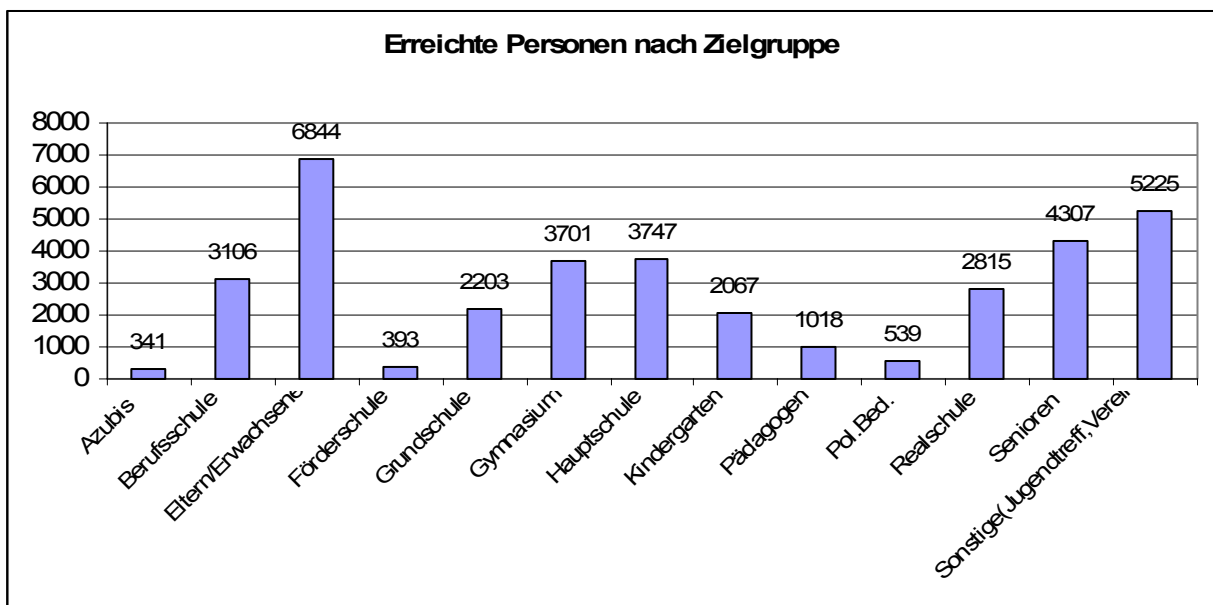
Im Rahmen der 990 durchgeführten Präventionsveranstaltungen wurden insgesamt 36306 Personen erreicht. Dies stellt gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 4784 (15 %) dar.

Mit den Veranstaltungen zu den Themenbereichen Drogen/Rauschgift (10789), Gewalt (9300), Diebstahl (7737) und Jugendschutz (4637) konnten wie im Vorjahr die meisten Personen erreicht werden.

Personen nach Veranstaltungen	2004	2005	+/-
Betrug	1375	2836	+ 1461
Diebstahl	4669	7737	+ 3068
Drogen/Rauschgift	8254	10789	+ 2535
Gewalt	11457	9300	- 2157
Jugendschutz	3258	4637	+ 1379
Staatsschutz	707	1007	+ 300

Unter den erreichten Personen stellte die Zielgruppe der Eltern (6844), gefolgt von den sonstigen Personen (z.B. Jugendtreff, Verein) mit 5225 und den Senioren mit 4307 den größten Teilnehmerkreis.

Bezüglich der Abweichungen in den Themenbereichen Jugendschutz, Gewalt und Diebstahl wird auf die Ausführungen unter „Anzahl der durchgeführten Veranstaltungen“ verwiesen.



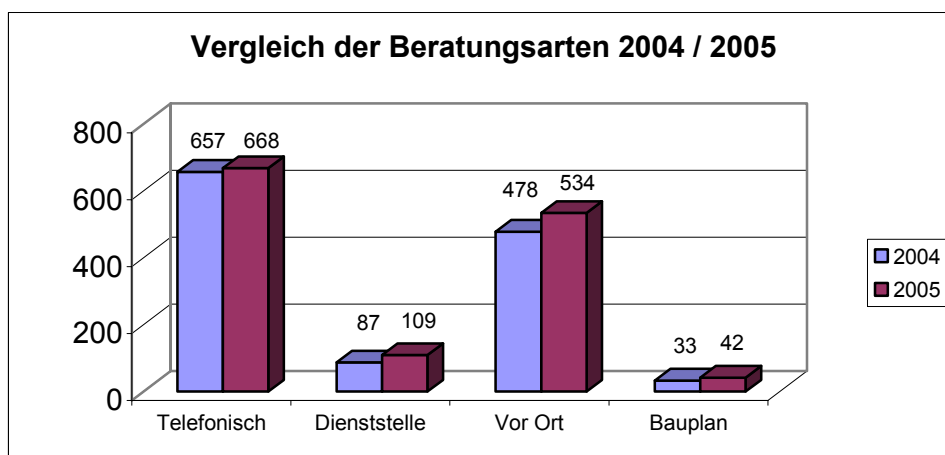
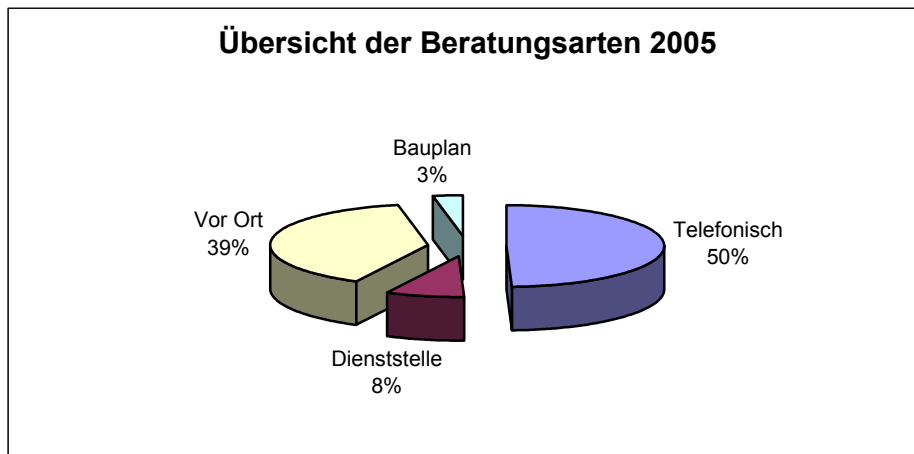
Sicherheitstechnische Beratungen

Im Jahr 2005 wurden durch die Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle insgesamt 1353 sicherheitstechnische Beratungen durchgeführt. Dies stellt gegenüber dem Vorjahr mit 1255 eine Steigerung um 98 (7,8 %) dar.

Beratungsart

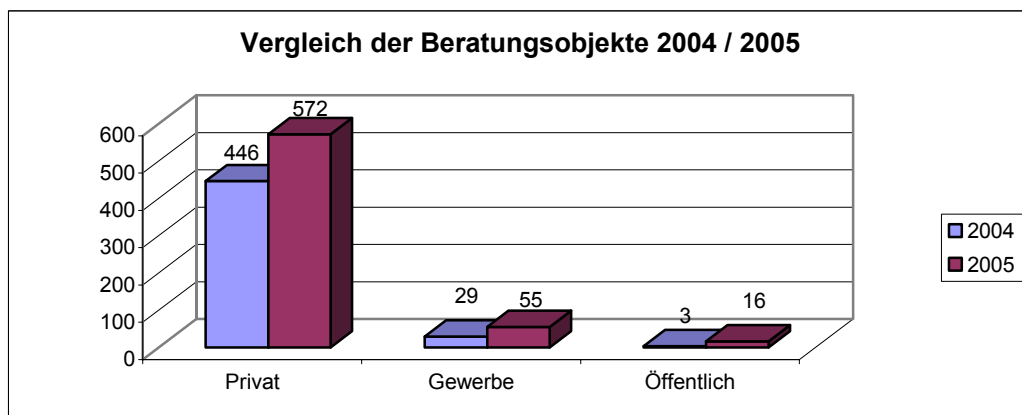
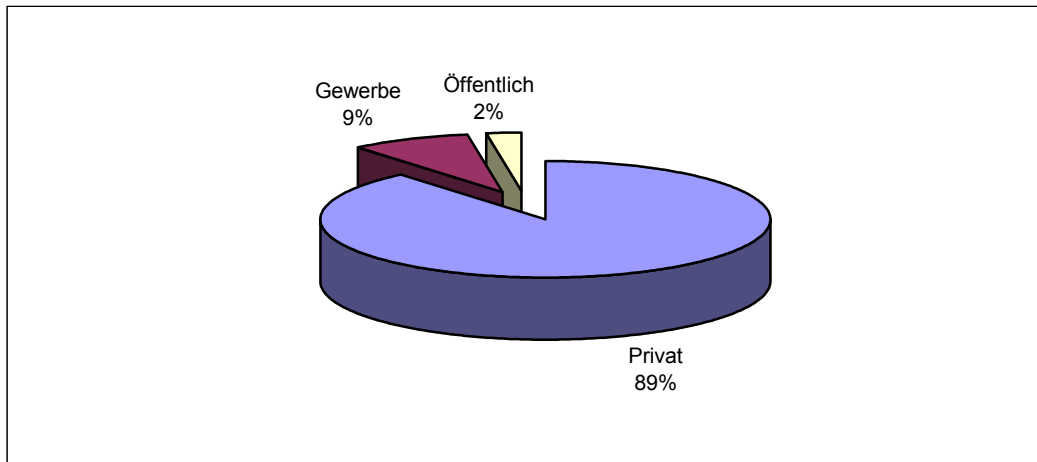
Von den 1353 sicherheitstechnischen Beratungen wurden 534 am Beratungsobjekt vorgenommen, 109 Beratungen wurden auf der Dienststelle durchgeführt, 668 Beratungen erfolgten telefonisch.

Darüber hinaus wurden 42 Bauplanberatungen durchgeführt.



Beratungsobjekte

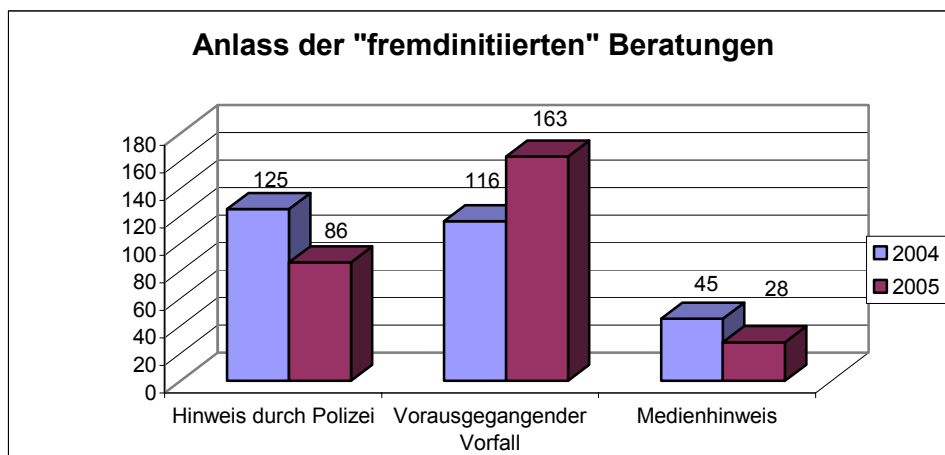
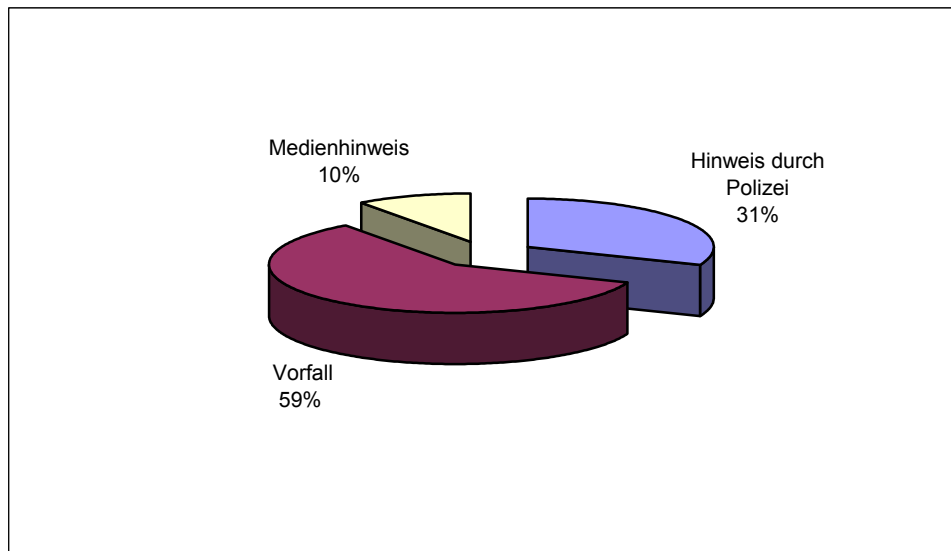
Im Jahr 2005 wurden für insgesamt 643 Objekte sicherheitstechnische Beratungen durchgeführt. Davon entfielen 572 auf Privatobjekte, 55 auf gewerbliche Objekte und 16 auf öffentliche Gebäude.



Anlass der Beratungen

Die überwiegende Anzahl der Beratungen erfolgte durch Eigeninitiative des Bürgers sowie durch Anforderung von Behörden.

Dagegen basierten 277 Beratungen direkt oder indirekt auf polizeilicher Initiative. So ging bei 86 der sicherungstechnischen Beratungen im Jahr 2005 ein Hinweis durch Polizeibeamte voraus. Weitere 163 Beratungen erfolgten nach einem vorausgegangenem Vorfall (z.B. Wohnungseinbruch, ...), der ein unverzügliches Anschreiben des Geschädigten/Opfers durch die Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle mit dem Angebot einer kostenlosen Beratung ausgelöst hatte. 28 Beratungen kamen aufgrund von polizeilich veranlassten Medienhinweisen zustande.



Gerade das konsequente Anschreiben von Einbruchopfern hat zurückliegend vermehrt zur Wahrnehmung des unterbreiteten Angebotes zur Sicherheitstechnischen Beratung geführt.

Städtebauliche Kriminalprävention

Im Jahr 2005 wurden bei insgesamt 54 Bauleitplanungen mitgewirkt. Dies stellt eine Steigerung um 8 gegenüber dem Vorjahr dar.

Themenbereiche

Gewalt

Gewalt an Schulen

Die Jugendsachbearbeiter der Polizeireviere und Polizeiposten sind seit Jahren eine feste Institution an den allgemein bildenden Schulen im Stadt- und Landkreis Karlsruhe.

Sie führen in der Klassenstufe 5 oder 6 das Programm „Herausforderung Gewalt“ durch. In den 2 Schulstunden dauernden Veranstaltungen wird zunächst diskutiert, welche Handlungen unter „Gewalt“ zu subsumieren sind, um letztlich zum Ergebnis zu kommen: „Was Gewalt ist, entscheidet das Opfer“. Dazu werden auch Rollenspiele eingesetzt, in denen die Schüler lernen, dass verbale Konfliktlösestrategien immer sanfter und dennoch zielführend sind. Ferner erhalten sie Informationen zur zivil- und haftungsrechtlichen Seite gewalttätigen Verhaltens.

Ergänzend zu diesen Elementen kann auch der Film „Abseits“ aus dem gleichnamigen Medienpaket des Programms Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) eingesetzt werden.

Bei Elternabenden geht es im Programm „Herausforderung Gewalt“ vor allem darum zu vermitteln, dass „Kinder die Probleme haben, Probleme machen“, damit die Sensibilität und das Verständnis für die Kinder zu wecken und Denkipulse zu geben. Dabei werden auch die Broschüre und der Flyer „Wege aus der Gewalt“ verwendet.

Theaterstück „Eins auf die Fresse“

Mit dem Theaterstück „Eins auf die Fresse“ hat das Sandkorn-Theater Karlsruhe im Frühjahr 2005 ein Stück in seinen Spielplan aufgenommen, das sich mit Gewaltbereitschaft und Gewaltanwendung unter Jugendlichen im täglichen Umgang miteinander befasst.

Die Prävention des Polizeipräsidiums Karlsruhe hat das Theaterstück gemeinsam mit

- der Stadt Karlsruhe - Bürgerservice und Sicherheit -
- dem Förderverein „Sicheres Karlsruhe e.V.“
- dem Förderverein „Sicherer Südlicher Landkreis e.V. (FÖSSL)“
- dem Förderverein „Sicheres Stutensee e.V.“

im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention unterstützt.

Nach dem Besuch der Premierenveranstaltung hat das Theaterstück in zahlreichen Aufführungen Schulklassen aus dem Stadt- und Landkreis Karlsruhe angezogen. Inhaltlich wurde das Stück auf Wunsch der jeweiligen Klasse mit dem Jugendsachbearbeiter des zuständigen Polizeireviere bzw. Polizeipostens nachbereitet.

„Boxen gegen Gewalt“ - ein Projekt der Kommunalen Kriminalprävention

Kinder und Jugendliche von der Straße zu holen, ihnen im Sport neue Perspektiven zu eröffnen und gleichzeitig Vorbehalte gegenüber der Polizei und anderen staatlichen Stellen abzubauen, sind bereits seit längerer Zeit die Ziele des Polizeipräsidiums Karlsruhe und des Schul- und Sportamts der Stadt Karlsruhe bei verschiedenen gemeinsamen Sportveranstaltungen, wie z.B. Streetball- oder Streetsoccer-Turniere.

Mit dem im Jahr 2005 gestarteten Projekt „Hast du Bock auf BogG? - Boxen gegen Gewalt“ sollen insbesondere Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren erreicht werden, die einer ausländischen Minderheit angehören oder Migrationshintergrund haben.

Seit Mai 2005 fanden zwei Projektläufe mit jeweils 10 Trainingseinheiten (60 Minuten Praxis, 45 Minuten Theorie), mittels derer 46 Kinder und Jugendliche (23 Jungen und 23 Mädchen) erreicht werden konnten, beim Polzeisportverein Karlsruhe (PSV) und in der Gutenbergschule statt.

Die bisherigen Teilnehmer (Herkunftsländer: Deutschland, Italien, Türkei, und ehemalige Sowjetrepubliken) sind Schüler von Haupt-, Werkreal- und Förderschulen im Stadtbereich Karlsruhe. Zwei Jugendliche, die regelmäßig teilnahmen, kamen aus einem Kinderheim.

Besondere Bedeutung kommt dem theoretischen Teil zu, der alle jugendtypischen Themenbereiche abdeckt und der außer von den Polizeibeamten des Polizeipostens Karlsruhe-Akademiestraße auch von Referenten der Kooperationspartner

- Jugendgerichtshilfe
- Drogenberatungsstelle der Stadt Karlsruhe
- Kinderarzt des Städtischen Klinikums
- Barmer Ersatzkasse
- Schul- und Sportamt der Stadt Karlsruhe
- Boxsportvereine

bestritten wurde.

Zum Abschluss des zweiten Projektläufes wurde gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen, die regelmäßig teilgenommen hatten, das Theaterstück „Das Herz eines Boxers“ des Karlsruher Sandkorntheaters besucht.

Über das Projekt existiert zwischenzeitlich eine Videopräsentation (ca. 5 Minuten) auf CD und eine Filmsequenz des Senders „arte“, die im Zusammenhang mit den Unruhen in Frankreich entstanden ist.

PC-Spiel „Luka und das geheimnisvolle Silberpferd“

Im Herbst 2005 erschien das PC-Spiel „LUKA und das geheimnisvolle Silberpferd“ des ProPK zum Thema „Gewaltprävention“. Es wurde über die Verkehrserziehung und die Jugendsachbearbeiter im Rahmen von Präventionsveranstaltungen an den Schulen verteilt.

Die Zielgruppe für das Spiel sind Kinder im Alter von 8 bis 12 Jahren. Sie sollen durch das Spiel angeleitet werden, soziale Kompetenz zu erlernen bzw. zu vertiefen sowie Konflikte gewaltfrei zu lösen; dabei berücksichtigt das Spiel geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Vorbeugung von Gewalt.

Das ProPK hat sich für ein PC-Spiel entschieden, da diese Spiele nicht nur Unterhaltung bieten, sondern sich auch zur Vermittlung wichtiger Informationen und Botschaften anbieten. Das **interaktive Computerspiel** „LUKA“ eignet sich dafür besonders gut, da die Kinder eingreifen und das Spielgeschehen selbst bestimmen können. Sie werden auf emotionaler Ebene angesprochen und durch das eigenständige Ausprobieren von Handlungsalternativen ermutigt, sich für die gewaltfreie Lösung von Konflikten zu entscheiden und diese auch in der Realität anzuwenden.

Raub / Erpressung

Raubüberfälle auf Geldinstitute

Im Jahr 2004 waren durch die Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle mit Unterstützung durch das Führungs- und Lagezentrum erstmals die Bankenbeschulungen mit Auszubildenden der Volksbank Karlsruhe und der Badischen Beamtenbank Karlsruhe durchgeführt worden. Dieses Vorgehen hat sich bewährt. In der Folge wurden 2004/2005 in mehreren Veranstaltungen die Angestellten der Volksbank Ettlingen und der Sparkasse Ettlingen (einschließlich aller Filialen) zum Thema „Verhalten bei Banküberfällen“ beschult.

Mit den Beschulungen konnten in den Jahren 2004/2005 insgesamt 575 Angestellte (2004: 366 und 2005: 209) erreicht werden.

Karlsruher Erlebnisgastronomie

Im Rahmen des Projektes „Sicheres Nightlife“ wurden im Jahr 2005 die Schulungsmaßnahmen für die Verantwortlichen der Mitgliedsbetriebe, aber auch für deren Personal durchgeführt. Inhalt dieser Schulungsmaßnahmen ist die sichere Bewältigung von Beleidigungs-, Körperverletzungs-, Raub- und sonstigen relevanten Delikten, ohne sich dabei selbst zu gefährden.

Häusliche Gewalt

Platzverweisverfahren

Auch im Jahr 2005 wurde das Platzverweisverfahren in Karlsruhe fortgeführt: bei insgesamt 624 Einsätzen mit Häuslicher Gewalt (2004: 615) wurden durch den Polizeivollzugsdienst 212 Platzverweise erteilt (2004: 134). Es zeigte sich also deutlich, dass die Beamten durch die Schulungsmaßnahmen der vergangenen Jahre ihren rechtlichen Spielraum besser ausschöpfen und das Instrumentarium des Platzverweises zielgerichteter einsetzen, um Opfer zu schützen und ihnen Freiraum zum Nachdenken zu geben.

Gefährderansprache

Gefährderansprachen durch den Polizeivollzugsdienst wurden durchgeführt, um den Tätern die Konsequenzen ihres Tuns sowie die straf- und zivilrechtlichen Sanktionsmöglichkeiten aufzuzeigen. Dadurch sollen sie zu einem normkonformen Verhalten animiert werden.

Ab Herbst 2005 wurden dezentrale Fortbildungsveranstaltungen „Gefährderansprache“ durch die Akademie der Polizei für Beamte des Polizeipräsidiums Karlsruhe durchgeführt. Bei 5 Veranstaltungen wurden 78 Polizeibeamte entsprechend fortgebildet. Weitere Veranstaltungen sind für das Jahr 2006 geplant.

Clearingstelle

Anfang 2005 wurde für den Bereich der Stadt Karlsruhe die so genannte „Clearingstelle“ eingerichtet. Diese setzt sich aus zwei Beratungsstellen - Sozialdienst Katholischer Frauen und Frauenberatungsstelle „Haus 13“ - zusammen und berät Opfer Häuslicher Gewalt proaktiv.

Das bedeutet, dass die Polizei die persönlichen Daten von Opfern Häuslicher Gewalt, wenn diese damit einverstanden sind, unmittelbar nach Einsatzende an die Clearingstelle weitergibt. Von dort erfolgt dann im Regelfall am nächsten Werktag ein erstes Beratungsgespräch. Weitere können sich anschließen. Im Jahr 2005 wurden rund 80 Fälle an die Clearingstelle gemeldet.

Durch dieses Vorgehen konnte schon in etlichen gewalttätigen Partnerbeziehungen professionell und konstruktiv nach Lösungen gesucht und dadurch die Gewaltspirale durchbrochen werden.

Unabhängig davon informieren die polizeilichen Sachbearbeiter Gewaltopfer regelmäßig schon während des Einsatzes über Beratungsangebote externer Stellen.

Gremienarbeit

Die Prävention war auch 2005 im Koordinationskern des Projekts „Häusliche Gewalt“ vertreten und arbeitete in diesem Rahmen kontinuierlich mit Frauenbeauftragten, der Abteilung „Polizeirecht“ und dem Sozialen Dienst der Stadt Karlsruhe sowie der Täterberatungsstelle und den Frauenberatungsstellen zusammen. Dabei wurden auch Informationen über Einzelfälle ausgetauscht, sodass Unklarheiten schnell beseitigt sowie Handlungsabläufe und Hilfsangebote pragmatisch optimiert werden konnten.

Zudem wurde in diesem Gremium im Jahr 2005 die Informationsbroschüre „Polizeiliche Anordnungen zum Schutz bei Gewalt im häuslichen Bereich in Karlsruhe“ überarbeitet und zum dritten Mal aufgelegt.

Auf Landkreisebene war die Prävention im Arbeitskreis „Frauen gegen Gewalt“ vertreten und an der Organisation und Durchführung der interdisziplinären Fachtagung „Häusliche Gewalt ist nicht normal“ im September 2005 im Landratsamt Karlsruhe beteiligt.

Fortbildungsveranstaltung für externe Kooperationspartner

Im Oktober 2005 führte die Prävention eine Fortbildungsveranstaltung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Beratungsstellen unter Beteiligung der Polizeibehörde der Stadt Karlsruhe und der Staatsanwaltschaft Karlsruhe durch. Dabei wurden die Aufgaben der Polizei bei Einsätzen Häuslicher Gewalt und die rechtlichen Möglichkeiten von Polizei, Polizeibehörde und Staatsanwaltschaft praxisnah erläutert. Das Ziel war, das Verständnis der Beratungsstellen für das Vorgehen der Polizei zu verbessern, das Vertrauen in die Arbeit zu stärken und den Mitarbeitern Rechtssicherheit zu geben.

Sexuelle Gewalt

Präventionsveranstaltungen zum Thema „sexueller Missbrauch von Kindern“ werden nahezu ausschließlich von Beamten der Kriminalpolizei durchgeführt. Dafür stehen beim Dezernat „Sexualdelikte“ und bei den Kriminalaußenstellen Ettlingen und Bruchsal insgesamt 6 Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung. Angeboten werden Vorträge für 6 – 10 Jährige, in denen es um das Ansprechen von Kindern, exhibitionistische Handlungen, Missbrauch innerhalb der Familie und Verhaltensstrategien geht. In der Altersgruppe 12 - 14 Jahre beinhalten die Veranstaltungen zum sexuellen Missbrauch schwerpunktmäßig die Deliktvarianten im Zusammenhang mit Internetkriminalität (Chatrooms). In Ergänzung der Vorträge für Kinder werden zu den gleichen Themen begleitende Elternabende angeboten.

Selbstbehauptungskurse

Durch das Zentrum für Einsatztraining beim Polizeipräsidium Karlsruhe sind auch im Jahr 2005 wieder Selbstbehauptungskurse für Mädchen ab 15 Jahren und junge Frauen durchgeführt worden. 8 Kurse dieser Art sind zustande gekommen.

Sucht

Im Jahr 2005 wurden im Bereich des Polizeipräsidiums Karlsruhe insgesamt 267 Drogen-Präventionsveranstaltungen (Vorträge und Aktionen) durchgeführt. Das entspricht einer Steigerung um 15 % im Vergleich zum Jahr 2004 (232). Dazu waren durchschnittlich 28 Beamte im Einsatz, die speziell für die Drogen-Prävention fortgebildet worden sind.

Der Schwerpunkt der Veranstaltungen lag dabei auf Vorträgen, die in Jugendzentren, kirchlichen Einrichtungen oder bei Vereinen, insbesondere aber auch in Schulen - von Grundschule bis Berufsschule - vor Schülern und Lehrern gehalten wurden und auch in der Mitgestaltung von Pädagogischen Tagen.

Bei den Veranstaltungen für Jugendliche werden im Regelfall 2 – 3 Schulstunden angesetzt. Dabei wird erarbeitet,

- welche Drogen es gibt und wie sie wirken,
- welche Gründe es gibt, sie zu konsumieren,
- in welchen Situationen Menschen Drogen probieren und
- was Sucht und Abhängigkeit für den Menschen bedeuten.

In der Stoffkunde werden die Interessen der Schüler besonders berücksichtigt. Im Jahr 2005 wurden deshalb zum überwiegenden Teil Cannabisprodukte thematisiert, daneben auch Ecstasy und GHB / Liquid Ecstasy. Außerdem wurde dabei auf die Rechtslage eingegangen (insbesondere Strafrecht und Fahrerlaubnisrecht), um Fehleinschätzungen der Jugendlichen entgegen zu wirken.

Mit den Präventionsveranstaltungen konnten im Jahr 2005 insgesamt 10789 Personen erreicht werden; dies entspricht einer Steigerung von 30,7 % im Vergleich zum Vorjahr (2004: 8254).

Medien und Materialien

Bei den Veranstaltungen werden verschiedene Medien und Materialien eingesetzt. Als Basis kann eine vom Landeskriminalamt Baden-Württemberg erarbeitete Powerpoint-Präsentation ebenso verwendet werden wie das interaktive Computerspiel „Was geht?“.

Ergänzend bieten sich verschiedene Kurzfilme an, die einerseits vom Landeskriminalamt und andererseits von der Prävention beim Polizeipräsidium Karlsruhe zu aktuellen Themen aufgenommen und den Referenten zur Verfügung gestellt wurden.

Ein Klassiker für die Schülerveranstaltungen ist die Info-Broschüre „Rauschgift - ohne mich!“ des Landeskriminalamtes, die ebenso verteilt wird wie der Flyer „Sag nein zu Haschisch und Ecstasy“.

Bei Veranstaltungen für Erwachsene kann ebenfalls eine spezielle Powerpoint-Präsentation des Landeskriminalamts genutzt, der Film „Gegen Drogen Hand in Hand“ gezeigt sowie die Broschüre und der Flyer „SehnSucht - So schützen Sie Ihr Kind vor Drogen“ des ProPK verwendet werden.

Cannabiskampagne „Lass das Gras den Kühen“

Im Jahr 2005 hat das Polizeipräsidium Karlsruhe gemeinsam mit dem Landratsamt Karlsruhe und dem Badischen Landesverband gegen die Suchtgefahren (blv.) die Informations-Kampagne "Lass das Gras den Kühen" zum Thema "Cannabis" gestartet.



Ziel ist es, Multiplikatoren in der Jugendarbeit über den gestiegenen Wirkstoffgehalt von Cannabisprodukten und das veränderte Konsumverhalten Jugendlicher in den letzten Jahren zu informieren und sie für die damit verbundenen Auswirkungen und Probleme zu sensibilisieren.

Insbesondere werden ihnen aber auch Argumentationshilfen an die Hand gegeben, mittels derer sie in Diskussionen mit Jugendlichen zum Thema Cannabis bestehen können. In diesem Rahmen hat das Polizeipräsidium Karlsruhe in Zusammenarbeit mit dem blv. gezielte 2-tägige Lehrerfortbildungen mit Videotraining durchgeführt. Die Kampagne wird 2006 mit einer ganztägigen Zentralveranstaltung am 15.03.2006 in Bruchsal und weiteren Fortbildungen für Lehrer, Jugendzentren und Sportvereine fortgeführt.

Kursangebot „RESET“

Gemeinsam mit der Drogenhilfe der Stadt Karlsruhe hat das Polizeipräsidium Karlsruhe im Jahr 2005 das Projekt RESET in Kooperation mit der Staatsanwaltschaft Karlsruhe und der Jugendgerichtshilfe gestartet:



RESET ist ein Projekt für junge Menschen im Alter von 14 - 21 Jahren, die erstmals bei der Polizei durch den Besitz von Cannabis, Amphetaminen, Ecstasy oder biogenen Drogen für den Eigenkonsum auffällig geworden sind.

Kernstück des Projektes ist ein kostenloses 8-stündiges Kursangebot, bei dem die Motivation der Betroffenen genutzt wird, sich mit dem eigenen Drogenkonsum auseinander zu setzen, da sie sich aufgrund der laufenden polizeilichen Ermittlungen ernstzunehmenden Schwierigkeiten gegenüber sehen. Die Teilnahme an dem Kursangebot erfolgt auf freiwilliger Basis. Ergänzend zu den jeweils vier Gruppenabenden pro Seminarblock wird auch stets ein Elternabend unter Beteiligung der Polizei durchgeführt.

Das Projekt wurde im November 2005 gestartet und hat bis zum Jahresende noch 20 Personen erreicht.

Gremienarbeit

Die Prävention des Polizeipräsidioms Karlsruhe war auch im Jahr 2005 im Koordinierungskreis "Sucht" des Landkreises vertreten. Dieses Gremium setzt sich zusammen aus dem Suchtbeauftragten des Landkreises, der Polizei sowie Vertretern der Suchtberatungsstellen des Badischen Landesverbandes gegen die Suchtgefahren (blv.) sowie der Arbeitsgemeinschaft Jugendschutz und Gefährdetenhilfe (AGJ).

Vernetzung

Insgesamt wurde durch die Vernetzung des Polizeipräsidioms Karlsruhe mit den verschiedenen Behörden und Institutionen im Jahr 2005 die in den vergangenen Jahren begonnene Zusammenarbeit weiter vertieft, sodass auf aktuelle Entwicklungen koordiniert und zeitnah eingegangen werden konnte.

Auch die Vernetzung der Beamten untereinander, die in der Drogenprävention tätig sind, wurde durch gemeinsame Vorträge ("Teamteaching") und Aktionen voran getrieben, sodass neue Impulse gesetzt werden konnten. Der regelmäßige Austausch im Rahmen gemeinsamer interner Besprechungen und Fortbildungen (z.B. auch durch das Landeskriminalamt Baden-Württemberg) trugen auch 2005 zur Qualitätssicherung in der Drogen-Präventionsarbeit bei.

Jugendschutz

Mit der Konzeption zur Eindämmung der Jugenddelinquenz und Jugendgefährdung vom 23.12.2004 hat das Innenministerium Baden-Württemberg auch deutliche Zeichen in der Prävention gesetzt. Neben der Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Schulen ist dort auch eine vermehrte Einbindung von Vereinen in die kriminalpräventive Arbeit gefordert.

Nicht zuletzt auch aufgrund dieser Forderung haben die präventiven Aktivitäten des Polizeipräsidiums Karlsruhe im Bereich „Jugendschutz“ deutlich zugenommen.

Zusammenarbeit mit den Schulen

Durch die Mitarbeit in der „Karlsruher Pädagogikoffensive (KaPO)“ besteht die Möglichkeit, die Position des Polizeipräsidiums Karlsruhe in den Themenbereichen „Schulschwänzen, Gewaltprävention, Lehrerfortbildung, Elternbeteiligung“ aufzuzeigen sowie polizeiliche Ideen und Anregungen einzubringen.

Gleichzeitig waren die Jugendsachbearbeiter des Polizeipräsidiums Karlsruhe auch im Jahr 2005 regelmäßig in den Schulen des Stadt- und Landkreises Karlsruhe mit Präventionsveranstaltungen zum Thema „Jugendschutz“ im Rahmen des Unterrichtes und bei Elternabenden zugegen.

Einbindung von Vereinen

Besonders verstärkt wurde die Präventionsarbeit bei den Vereinen. Dabei lag der Schwerpunkt neben der Einhaltung von jugendschutzrechtlichen Bestimmungen bei Vereins- und Straßenfesten in besonderem Maße auf der Thematik „Alkoholmissbrauch durch Kinder und Jugendliche“.

„Jugendschutz-Trainer“ - Interaktives Lern- und Informationsangebot

Im August 2005 wurde vom ProPK der „Jugendschutz-Trainer“ im Internet unter www.polizei-beratung.de veröffentlicht. Hintergrund war die Erkenntnis, dass Eltern, Veranstalter und Verkaufspersonal allzu oft aus Unkenntnis die Bestimmungen des Jugendschutzes vernachlässigen.

Mit dem Jugendschutz-Trainer gibt das ProPK den Eltern, Erziehungs- und Jugendverantwortlichen sowie Gewerbetreibenden ein Mittel an die Hand, ihre Wissenslücken zum Jugendschutzgesetz im Multiple-Choice-Verfahren auf spielerische und kurzweilige Art zu schließen, indem jeder seine Kenntnisse interaktiv testen und auffrischen kann.

Bei der PC-Anwendung geht es z. B. um die Regelungen bezüglich des Umgangs mit Alkohol und Zigaretten, die Altersbeschränkungen beim Verkauf von Computerspielen oder die Pflichten des Verantwortlichen bei der Durchführung von LAN-Partys (Netzwerk-Partys). Da das Jugendschutzgesetz auch Kinder und Jugendliche in der Öffentlichkeit schützt, gehören die Regelungen über den Aufenthalt in Kneipen und Diskotheken und die Vorschriften über die Altersbeschränkungen beim Besuch von Kino- und Filmveranstaltungen ebenfalls dazu.

Ziel dieses neuen Informationsmediums ist es, durch Vermittlung der gesetzlichen Bestimmungen insbesondere Eltern argumentative Sicherheit gegenüber ihren Kindern zu geben.

Der „Jugendschutz-Trainer“ wurde allen Jugendsachbearbeitern der Polizeireviere und -posten als Offline-Version auf CD für den Einsatz bei Präventionsveranstaltungen zur Verfügung gestellt.

Diebstahl/Wohnungseinbruch

Polizeiliche Präventionsarbeit im Bereich „Diebstahl/Wohnungseinbruch“ ist Teil der Bekämpfung eines Massendeliktens.

Besonderes thematisiert wurden im Jahr 2005

- Fahrraddiebstahl
- Diebstahl von und aus Pkw sowie
- Taschendiebstahl.

Die beiden Veranstaltungen „Tour de France“ und „Tour de Ländle“ haben geradezu animiert, die Thematik „Fahrraddiebstahl“ aufzugreifen und mit „Vor-Ort-Informationsständen“ (Neue Messe Karlsruhe, Bretten, Ettlingen) zahlreichen Bürgern nahe zu bringen. In der Folge war zu beobachten, wie die Zahl der Fahrradcodierungen deutlich angestiegen ist.

Mit Informationsständen aber auch mit gezielten Flugblattverteilaktionen wurde versucht, bei Präventionsveranstaltungen in Diskotheken (Karlsdorf-Neuthard, Karlsruhe-Hagsfeld) und im Pfingstreiseverkehr auf der Autobahn (Raststätte Bruchsal-West) Bürger für das Thema „Diebstahl von und aus Pkw“ zu sensibilisieren.

Als sehr erfolgreich muss auch die „Konzeption zur Bekämpfung des Taschendiebstahls“ des Polizeireviere Karlsruhe-Marktplatz bezeichnet werden, die insbesondere im Zusammenhang mit dem Karlsruher Weihnachtsmarkt, begleitet von entsprechender Medienarbeit, schwerpunktmäßig auf Sensibilisierungsgespräche mit relevanten Opfern setzt und mit teilweise außergewöhnlichen Maßnahmen (Einbringen von Hinweiskarten in geöffnete bzw. leicht zu öffnende Taschen) auf die Verhinderung von Tatgelegenheiten abzielt.

Wohnungseinbruch

Im Bereich „Wohnungseinbruch“ wurden, wie seit längerem praktiziert, alle Opfer in der Nachtatphase angeschrieben und auf das kostenlose Beratungsangebot der Kriminalpolizeilichen Beratungsstelle hingewiesen.

Neben zahlreichen Vorträgen und Präsentationen bei öffentlichen Veranstaltungen (Leistungsschauen, Gewerbeausstellungen, ...) hat die Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle im Jahr 2005 wieder mit einem Informationsstand an der Karlsruher Verbrauchermesse „Offerta“ teilgenommen.

Darüber hinaus sind die Vorträge zum Thema „Einbruchschutz/-sicherung“ der Kriminalpolizeilichen Beratungsstelle fester Bestandteil der Spurensicherungsseminare des Polizeipräsidiums Karlsruhe und zwischenzeitlich auch der Akademie der Polizei, Außenstelle Wertheim sowie der Fensterbauakademie Karlsruhe.

Betrug

Polizeiliche Präventionsaktivitäten im klassischen Betrugsbereich haben sich im Jahr 2005 auf die Sensibilisierung der Bürger im Umgang mit ihren Zahlungskarten beschränkt. Schwerpunkt dabei waren Tipps und Empfehlungen zum Schutz vor Diebstahl oder Verlust, das richtige Verhalten nach einem Kartenverlust und der sichere Umgang mit der PIN.

Dabei wurden neben den unregelmäßigen Medienberichterstattungen insbesondere die Präventionsveranstaltungen für Senioren genutzt, in deren Programm dieses Thema fester Bestandteil ist. Dabei leistet das Faltblatt des ProPK „Vorsicht „Karten-Tricks“!“ gute Dienste.

Im Rahmen des Monatsprogramms wurde darüber hinaus über das Thema „Kreditvermittlungsbetrug“ berichtet, was gerade bei der regionalen Presse auf positives Echo gestoßen ist. Flankierend wurde auf das ProPK-Faltblatt „Vorsicht, Geldhaie!“ verwiesen, das auf jeder Polizeidienststelle erhältlich bzw. im Internet unter www.polizei-beratung.de nachzulesen ist.

Die Thematik des „In Verkehrbringens von Falschgeld“ wurde in allen Veranstaltungen der Kriminalpolizeilichen Beratungsstelle im Rahmen der Bankenbeschulung durch einen Mitarbeiter der Bundesbank abgedeckt.

Internetkriminalität *

* Unter Internetkriminalität soll hier nicht das PKS-Delikt „Internetkriminalität“ verstanden werden, sondern alle Delikte die unter Verwendung des Tatmittels „Internet“ begangen worden sind.

Die Entwicklung der Internetkriminalität insbesondere im Bereich des Warenbetruges und des Phishings machen es erforderlich, künftig diesen Bereich verstärkt mit Präventionsmaßnahmen zu belegen.

Bisher wurde unter Nutzung der Medien, orientiert an relevanten Sachverhalten, auf Möglichkeiten, sich vor Schäden zu schützen, jeweils aktuell hingewiesen. Dabei spielten die für Jedermann verfügbaren Inhalte der Internetseite www.polizei-beratung.de eine wesentliche Rolle, auf die unsererseits regelmäßig hingewiesen wurde.

Schwerpunkt unserer bisherigen diesbezüglichen Präventionsmaßnahmen war das Thema „Medienkompetenz“. Dieses ist fester Bestandteil von Veranstaltungen an Schulen und Elternabenden durch die Jugendsachbearbeiter. An Informationsmaterial wird dabei die Broschüre „Klicks-Momente“ des ProPK verwendet.

Gerade der Schutz von Kindern steht auch im Mittelpunkt eines Präventionsangebotes der Bereitschaftspolizei („kids online“), für das zwischenzeitlich auch ein Kollege der Bereitschaftspolizei Bruchsal ausgebildet ist. Es ist beabsichtigt, das Programm für das Polizeipräsidium Karlsruhe zugänglich zu machen und entsprechend zu nutzen. Diesbezügliche Vorgespräche wurden bereits geführt.

Angekündigt ist zwischenzeitlich auch der „Sicherheitskompass“ gegen sorgloses Surfen im Internet. Dieser wird auf der Internetseite www.polizei-beratung.de eingestellt und ist Teil einer Kampagne des Innenministeriums Baden-Württemberg zur Sensibilisierung für die Gefahren im Internet.

Speziell für Jugendliche bietet auch das Internetangebot des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg unter www.time4teen.de altersgerechte Informationen zu den Gefahren des Internets. Diese Seite, entstanden im Rahmen der Zukunftsoffensive III (ZO III), ist etabliert und hat sich unter den Jugendlichen herumgesprochen. Dennoch wird bei allen Veranstaltungen für Jugendliche nochmals speziell darauf hingewiesen.

Staatsschutz

Durch das Dezernat Staatsschutz beim Polizeipräsidium Karlsruhe wurden im Jahr 2005 insgesamt 21 Präventionsveranstaltungen durchgeführt. 18 Veranstaltungen widmeten sich dem Thema „Rechtsextremismus“, 3 Veranstaltungen dem Thema „Ausländerextremismus“.

Neben den üblichen Informationsveranstaltungen gab es einige erwähnenswerte Besonderheiten:

- In Zusammenarbeit mit der Wilhelm-Röpke-Schule in Ettlingen wurde ein Projekt unter dem Namen „Schule ohne Rassismus“ auf den Weg gebracht. Die Schule nimmt damit an einem bundesweiten Wettbewerb teil. Das Dezernat Staatsschutz war in weiten Bereichen Ideengeber und Begleiter der Aktion. Wesentlicher Bestandteil dieses Projektes war die kommentierte Filmvorführung „Jud Süß“.

- Zum Thema „Rechtsextremismus“ wurden öffentliche Institutionen und Verantwortungsträger wie Bürgermeisterämter und die Bürgermeisterversammlung des Landkreises sowie die Vertreter von Vereinen in den Gemeinden unterrichtet.
- Mit Blick auf beabsichtigte Präventionsaktivitäten im Bereich des Rechtsextremismus wurde der Förderverein „Sicheres Karlsruhe e.V.“ im Rahmen seiner Mitgliederversammlung über vorhandene Möglichkeiten in Kenntnis gesetzt.
- Im Rahmen der Prävention nach innen wurden die Gruppenführerlehrgänge bei der Bereitschaftspolizei in Bruchsal zum Thema „Islamismus“ informiert.

Senioren

Mit Blick auf die demografische Entwicklung wurde der polizeilichen Präventionsarbeit zur Verhinderung von Straftaten gegen Senioren - wie schon in den Vorjahren - breiter Raum zugestanden.

In zahlreichen Vortragsveranstaltungen, die von den verschiedensten Seniorenkreisen im Stadt- und Landkreis Karlsruhe angefragt wurden, wurden schwerpunktmäßig

- Tricks und Betrügereien an der Haustür (Enkeltrick, Zetteltrick, ...)
- Unseriöse Geschäftemachereien (Zusendung unbestellter Waren sowie fingierter Bescheide und Rechnungen, Gewinnmitteilungen, Kaffeefahrten, ...)
- Betrügereien durch moderne Kommunikationsmittel (Internet, Telefon, Fax, ...)

thematisiert.

Gleichzeitig wurden aber auch alle Möglichkeiten der Medienberichterstattung genutzt, entsprechend zu sensibilisieren. In der Folge hatten sich Berichte gehäuft, wonach vergleichbare Tathandlungen aufgrund der Aufmerksamkeit der Senioren im Versuchsstadium stecken geblieben sind.

Arbeitsgemeinschaft „Sicherheit für Senioren“ im Stadt- und Landkreis Karlsruhe

Die Arbeitsgemeinschaft „Sicherheit für Senioren“ hat sich zur Erarbeitung und Umsetzung verkehrs- und kriminalpräventiver Themen im Jahr 2005 zu 8 Sitzungen und Veranstaltungen/Aktionen zusammengefunden.

Schwerpunktthema des Arbeitskreises „Verkehrsprävention Senioren“ war im Jahr 2005 die „Straßenbahn“. Neben der Erarbeitung des Themas und Erstellung eines entsprechenden Flyers wurde im Juli 2005 gemeinsam mit den Verkehrsbetrieben Karlsruhe (VBK) eine ganztägige themenbezogene Verkehrsaufklärungsaktion für 50 Senioren aus dem Stadt- und Landkreis Karlsruhe veranstaltet, die neben der Vermittlung von theoretischen Inhalten auch praktische Demonstrationen und Fahrten mit Straßenbahnen einschließlich Gefahrbremungen umfasste.

Im Jahr 2006 wird der Arbeitskreis „Verkehrsprävention“ die Schwerpunktthemen „Trunkenheitsfahrten“ und „Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort“ behandeln.

Der erst zu Jahresanfang 2005 ins Leben gerufene Arbeitskreis „Kriminalprävention Senioren“ hat sich schwerpunktmäßig mit den Themenbereichen

- Tricks und Betrügereien an der Haustür
- Unseriöse Geschäftemacher
- Senioren unterwegs
- Taschendiebstahl/Handtaschenraub

auseinandergesetzt, woraus auch entsprechende Flyer entstanden sind.

Als weitere Themen sind im Jahr 2006 vorgesehen:

- Diebstahl im Krankenhaus/Alten- und Pflegeheim
- Wohnungseinbruch.

Die in der Arbeitsgruppe erarbeiteten Flyer werden bei sämtlichen Vorträgen der unterschiedlichen Seniorenkreise eingesetzt und anschließend an die Anwesenden verteilt. Zu jedem Flyer ist eine ergänzende Powerpointpräsentation vorgesehen und derzeit in Bearbeitung.

Die Treffen mit der Arbeitsgruppe werden aber auch regelmäßig dazu genutzt, aktuelle Sachverhalte aus dem örtlichen Lagebild, wie z.B.

- Enkeltrick,
- Zusendung von Rechnungen, ohne dass Leistungen erbracht worden sind,
- unerlaubte Abbuchungen von Girokonten,
- Zusendung nicht bestellter Ware

zu thematisieren. Hintergrund ist dabei, dass die Mitglieder des Arbeitskreises Vorsitzende von Seniorenvereinen bzw. des Kreis- und Stadt seniorenrates sind und insofern als Multiplikatoren fungieren. Für aktuelle Veröffentlichungen steht neben den gängigen Medien auch die spezialisierte Zeitschrift „Seniorenblickpunkt“ des Kreisseniorates Landkreis Karlsruhe zur Verfügung, die hiesigerseits gerne entsprechend genutzt wird. Außerdem wurden die Inhalte der o.a. Flyer auch in der regionalen Zeitschrift „freizeit journal“ komplett abgedruckt.

Künftig ist beabsichtigt, zusammen mit dem Arbeitskreis die jeweils erarbeiteten Themen in Präventionsaktionen einzubetten. Darüber hinaus wurde die Theatergruppe „Graue Zellen“, Ettligen, mit Zustimmung des Arbeitskreises gebeten, ein Theaterstück zu den Themenbereichen „Tricks- und Betrügereien an der Haustür“ und „Unseriöse Geschäftemacher“ zu erarbeiten. Über die Modalitäten der beabsichtigten Aufführungen ist noch zu befinden.

Opferschutz

Dem polizeilichen Opferschutz kommt gerade unter dem Aspekt der steigenden Opferzahlen eine große Bedeutung zu.

Diesem Anspruch wird die Polizei im Stadt- und Landkreis Karlsruhe durch unterschiedliche Maßnahmen gerecht. Zentraler Bestandteil des polizeilichen Opferschutzes sind der nachsorgende Opferkontakt und Opferberatungen als Teil der polizeilichen Sachbearbeitung.

Diese nachsorgenden Opferkontakte sind nicht nur bei Opferdelikten im Sinne der PKS-Richtlinien vorgesehen, sondern vielmehr auch bei Massendelikten wie Wohnungseinbrüchen und ganz „normalen“ Taschendiebstählen. Gerade bei Opfern dieser Delikte, bei denen es sich häufig um allein stehende Senioren handelt, entsteht neben dem materiellen Schaden oft auch ein immenser psychischer Schaden.

Außerdem bietet die Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle jedem Opfer eines Wohnungseinbruches ein kostenloses Beratungsgespräch einschließlich einer Schwachstellenanalyse vor Ort an.

Darüber hinaus besteht für jedes Opfer einer Straftat, gleich welcher Schwere, die Möglichkeit einer zusätzlichen Opfernachbetreuung. Diese erfolgt im Rahmen des bislang bundesweit einmaligen Projektes „**Opfereinsatz auch im Ruhestand**“. Im Jahr 2005 boten die in diesem Projekt mitarbeitenden Polizeipensionäre mehr als 30 Opfern, zu denen sie insgesamt 170 Mal Kontakt hatten, ihre Hilfe an. Durch ihre langjährige Erfahrung als Polizeibeamte sind sie in der Lage eine professionelle Betreuung mit Blick auf das Wohl des Opfers zu leisten. Sie suchen das Opfer zu Hause auf, sind oftmals dessen einziger Ansprechpartner und leisten neben dem „einfachen Zuhören“ auch pragmatische Hilfe.

In 2005 hat die sich abzeichnende Tendenz, dass **Stalkingopfer** von Beratungsstellen an die Opferschutzkoordinatorin bzw. die Prävention beim Polizeipräsidium Karlsruhe verwiesen werden, noch weiter verstärkt. Hintergrund sind oftmals fehlende Rechtskenntnisse. Hier werden in einem persönlichen Gespräch den Stalkingopfern Möglichkeiten aufgezeigt, wie sie sich vor erneuten Belästigungen wehren und Tipps an die Hand gegeben, wie es sich vor künftigen Straftaten schützen können.

Um einen gleich bleibend hohen Informationsstand aller im Opferschutz tätigen Polizeibeamtinnen und -beamten zu gewährleisten, wurden im Jahr 2005 Fortbildungsveranstaltungen unter Verwendung des Videofilmes „Nah dran“ des Programms Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) durchgeführt.

Verkehr

Polizeiliche Verkehrsprävention bezeichnet alle Bemühungen, Verkehrsunfälle zu verhindern bzw. deren Zahl zu senken, die Folgen von Verkehrsunfällen zu mindern, partnerschaftliches Verhalten zu fördern und dadurch für Sicherheit im Straßenverkehr zu sorgen.

Die Aufgaben der Verkehrsprävention ergeben sich primär aus der „Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über die Verkehrserziehung und -aufklärung der Polizei“. Die Verkehrsprävention erstreckt sich auf alle Bevölkerungsgruppen, die zielgruppenorientiert angesprochen werden können.

Neben den Beamten der Polizeireviere obliegt die Verkehrsprävention schwerpunktmäßig den Beamten der Verkehrspolizei.

Ein besonderer Schwerpunkt ist die Verkehrserziehung von Kindern und Jugendlichen. Diese beinhaltet insbesondere

- das spielerische Heranführen an den Straßenverkehr und das Einüben und Umsetzen verkehrsgerechter Verhaltensweisen
- die Organisation und Durchführung der Radfahrausbildung in allen Klassen der vierten Jahrgangsstufe gemäß der „VwV-Radfahrausbildung“ im Rahmen der schulischen Verkehrserziehung
- das entwicklungsorientierte Vermitteln von Verkehrsvorschriften und Unfallgefahren
- die enge Zusammenarbeit mit den Schulen wie auch mit den Beauftragten für Verkehrserziehung bei den jeweiligen Schulämtern.

Über die Hauptzielgruppe der Kinder hinaus werden Erwachsene in allen Altersschichten zu verschiedenen unfallrelevanten Schwerpunktthemen angesprochen. Dies geschieht hauptsächlich durch

- das Fortführen vorangegangener Maßnahmen insbesondere im Bereich von Freizeitverkehrsunfällen durch handlungsorientierte und pädagogisch begleitete Verkehrssicherheitsveranstaltungen
- das Vermitteln der Hauptunfallursachen und der Folgen von Verkehrsunfällen sowie das Herausstellen der Vorbildrolle der Eltern und anderer Erwachsener
- die Koordination, Organisation und Durchführung verkehrspräventiver Aktionen
- die Umsetzung von landesweiten Verkehrsprogrammen auf örtlicher Ebene
- die Zusammenarbeit mit örtlichen Organisationen, die in der Verkehrsprävention tätig sind
- die Zusammenarbeit mit Beruflichen Schulen und größeren Ausbildungsstätten
- die Beteiligung am Arbeitskreis „Verkehrsprävention Senioren“ im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft „Sicherheit für Senioren“ im Stadt- und Landkreis Karlsruhe.

Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen soll die Verkehrsprävention als Maßnahme mit vertrauensbildender Wirkung gesehen werden. Die Verkehrserziehung und -aufklärung hat hier ihren Schwerpunkt. Dieser Bereich wird in Anlehnung an das Schulsystem unterteilt, damit verkehrsgerechtes Verhalten altersgerecht und orientiert an den Empfehlungen der Kultusministerkonferenz zur Verkehrserziehung vermittelt werden kann.

Elementarbereich

Kinder in Kindertageseinrichtungen und in Vorschulen werden zum ersten Mal mit der Thematik des richtigen Verhaltens im Straßenverkehr auf spielerische Weise vertraut gemacht. Bei den Vorschulkindern liegt der Schwerpunkt im richtigen Verhalten auf dem zukünftigen Schulweg.

Primärbereich

Angesprochen sind die Schüler der Grund- und Sonderschulen der Klassen 1 - 4. Ein Schwerpunkt bildet auch hier, insbesondere bei den Einschulungsklassen, der sichere Schulweg. Außerdem findet in der 4. Klasse die Radfahrausbildung in der Jugendverkehrsschule statt. Diese Ausbildung beinhaltet als Lernzielkontrolle die "Radfahrprüfung".

Sekundärbereich I

Zielgruppe sind die Schüler der Haupt- und Realschulen sowie der Gymnasien der Klassenstufen 5 - 10 und Schüler der Sonderschulen. Bei dieser Gruppe werden die den vorangegangenen Altersstufen vermittelten Erkenntnisse vertieft. Insbesondere sollen die Verkehrsvorschriften und Unfallgefahren in Form von Verkehrsunterricht, schulischen Projekttagen und pädagogisch begleiteten Verkehrssicherheitsaktionen entwicklungsorientiert vermittelt werden. Hierbei wird sowohl auf die alters- und gruppenspezifischen Verhaltensweisen, als auch auf die schülerspezifischen Erfahrungen eingegangen.

Sekundärbereich II

Dieser Bereich betrifft Schüler der Klassen 11 - 13 an Gymnasien sowie der beruflichen Schulen, bei denen ebenfalls eine Vertiefung wie oben beschrieben stattfindet.

Für die Umsetzung der Verkehrserziehungsarbeit stehen zwei stationäre Jugendverkehrsschulen zur Verfügung.

Neben diesen in der „VwV-Verkehrserziehung“ festgeschriebenen Hauptzielgruppen sind in Zuge der Neuausrichtung der Verkehrsprävention Schwerpunktthemen für die gleichnamigen Arbeitsgemeinschaften für die Aktivitäten der Verkehrsprävention wie folgt festgelegt worden:

- Kinder / Sicherer Schulweg
- Junge Fahrer
- Alkohol / Drogen / Medikamente
- Senioren
- Ausländische Mitbürger / Aussiedler
- Spiel / Spaß / Trends
- Motorisiertes Zweiradfahren
- Arbeitsplatz Straße.

Zur Unterstützung der Kreisdienststellen werden durch die Koordinierungs- und Entwicklungsstelle Verkehrsprävention Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Tübingen (KEV) themenorientierte Publikationen und Ausrüstungen zur Durchführung von Präventionsveranstaltungen erstellt.

Im Bereich der Verkehrsprävention wurden im Jahr 2005 folgende Veranstaltungen durchgeführt:

Zielgruppe	Unterrichte bzw. geschlossene Veranstaltungen	Teilnehmer
Elementarbereich (Kinder im Vorschulalter)	160	2.934
Primarbereich (Kinder im Grundschulalter)	91	5.019
Sekundarstufe I (Kinder ab 11 bis 14 Jahre)	117	2.779
Sekundarstufe II (Jugendliche ab 15 bis 17 Jahre)	87	2.231
Junge Erwachsene (ab 18 bis 25 Jahre)	224	4.184
Erwachsene	69	1.024
Senioren	11	442
Sonderveranstaltungen	49	10.796
G e s a m t	808	29.409

Weiterhin wurden 12 offene Veranstaltungen durchgeführt, bei denen die Anzahl der konkret angesprochenen Personen nicht erfasst werden konnte.

Zivilcourage

Die Thematik „Zivilcourage“ ist fester Bestandteil sämtlicher Vorträge und Aktionen im Bereich „Gewalt“. Darüber hinaus werden gerade Medienveröffentlichungen im Zusammenhang mit Gewaltdelikten regelmäßig dazu genutzt, auf das Thema aufmerksam zu machen und für ein von Zivilcourage geprägtes Verhalten zu sensibilisieren. Basis der dabei vermittelten Verhaltensgrundsätze ist das Medienmaterial der „Aktion-tu-was“ des ProPK.

Filmprojekt „OhnMacht“

Im Jahr 2005 gab die Stadt Fellbach in Zusammenarbeit mit dem Polizeirevier Fellbach den Film „OhnMacht?“ heraus. In drei Sequenzen stellen professionelle und Laien-Schauspieler Körperverletzung, Belästigung und Sachbeschädigung dar. Sie und die Reaktionen der Passanten wurden auf offener Straße verdeckt gefilmt.

Das Ziel des Films ist, die Betrachter dazu zu bewegen, sich mit ähnlichen Situationen konstruktiver und differenzierter auseinander zu setzen. Außerdem sollen sie den öffentlichen Raum wieder stärker als von allen Bürgern nutzbaren Raum begreifen und angespornt werden, dieses hohe Gut als wichtigen Bestandteil der Zivilgesellschaft zu verteidigen.

Der Film wurde dafür geschaffen, von Fachleuten mit entsprechender Medienkompetenz präsentiert und moderiert zu werden. In diesem Sinn wird er bei Vorträgen zum Thema „Zivilcourage“ auch beim Polizeipräsidium Karlsruhe entsprechend eingesetzt.

Projekte/Gremien/Angebote

Projekt „Hast du Bock auf BogG - Boxen gegen Gewalt?“

(vgl. hierzu auch die Ausführungen unter „Themenbereich Gewalt“)

Unter Federführung des Polizeipostens Karlsruhe-Akademiestraße ist im März 2005 das Projekt „Hast du Bock auf BogG - Boxen gegen Gewalt?“ in Zusammenarbeit mit der Stadt Karlsruhe, Schul- und Sportamt, der Jugendgerichtshilfe und weiteren Kooperationspartnern angelaufen. Grundidee des Projektes ist es, mittels eines Boxtrainings Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren von der Straße zu holen und ihnen Möglichkeiten einer sinnvollen Freizeitgestaltung aufzuzeigen. Dabei soll Jugendgewalt vorgebeugt und Integration und soziale Kompetenz gefördert werden.

Bereits seit längerer Zeit werden Sportveranstaltungen (Streetballturniere usw.) in Zusammenarbeit zwischen dem Polizeipräsidium Karlsruhe und dem Schul- und Sportamt der Stadt Karlsruhe angeboten. Die Erfahrung hat aber gezeigt, dass bestimmte Randgruppen mit diesen Sportarten nicht erreicht werden können. Deshalb war über eine Erweiterung des Sportangebotes nachzudenken.

Die Auswahl fiel schließlich auf das **olympische Boxen** (Amateurboxen), weil diese Sportart hohe Anforderungen an Disziplin und Kontrolle während des Trainings stellt und Zweikampfsportarten mit ihren detaillierten, auf extreme Fairness ausgerichteten Regeln sich besonders eignen, den Umgang mit Gewalt zu erlernen.

Mit dem Projekt sollen besonders Angehörige von ausländischen Minderheiten (Kinder und Jugendliche), aber auch Kinder und Jugendliche mit Integrationsproblemen (z.B. Russlanddeutsche) beiderlei Geschlechts angesprochen werden.

Als Trainer konnten Tyson Grey vom Karlsruher SC/Polizeisportverein Karlsruhe und Hasan Colak vom Polizeisportverein Karlsruhe gewonnen werden. Beide verfügen über langjährige Erfahrung in Trainingsgestaltung und Wettkampf. Darüber hinaus sind beide Angehörige von Minderheiten und können so authentisch aufzeigen, dass die Zugehörigkeit zu einer solchen nicht zwangsläufig in Frust und Gewalt umschlagen muss.



Aufwärmübungen im Rahmen des Boxtrainings

(Foto: Donecker)

Den Teilnehmern wird ein Boxtraining angeboten, das durch theoretischen „Unterricht“ ergänzt wird.

Der theoretische Teil umfasst

- das Vorstellen der Polizeiarbeit und der für die Teilnehmer zuständigen Jugendsachbearbeiter
- die Darstellung des Jugendstrafverfahrens
- das Aufzeigen von Konfliktlösungsstrategien für den Umgang mit Gewalt, insbesondere an Schulen
- die Erläuterung körperlicher Auswirkungen von Gewalt gegen Personen
- die Darstellung zivilrechtlicher Folgen von Gewaltdelikten.

Die Ziele dieses theoretischen Teils sind

- die Vermittlung von Präventionsinhalten und Kenntnissen des deutschen Rechts- und Wertesystems
- der Abbau vorhandener Hemmschwellen und Vorbehalte gegenüber Polizei und Justiz, insbesondere bei Russlanddeutschen
- das Darlegen der Möglichkeiten und Grenzen polizeilichen Handelns und das Aufzeigen der Folgen von Straftaten, die durch Kinder bzw. Jugendliche begangen wurden
- das Aufzeigen von Möglichkeiten und das Schaffen von Akzeptanz gegenüber staatlichen Hilfsangeboten
- die Sensibilisierung für Mechanismen der Früherkennung von Konfliktsituationen und für Möglichkeiten einer gewaltfreien Lösung
- das Erkennen gesellschaftlicher Ächtung und persönlicher (wirtschaftlicher) Folgen von Gewaltdelikten.

Als übergeordnetes Ziel wird die Weiterführung des Sports in einem Sportverein angestrebt. Die Mitgliedschaft im Sportverein soll zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung beitragen, aber auch durch das veränderte soziale Umfeld Wege aus dem „Teufelskreis“ Gewalt ebnen.

Die Trainingsdauer beträgt je Trainingseinheit ca. 60 Minuten, im Anschluss an eine kurze Pause folgt die theoretische „Unterrichtseinheit“. Insgesamt werden je Turnus 10 Trainingseinheiten im Wochenrhythmus, lediglich unterbrochen für die Dauer der Ferien, angeboten.

Aufgrund der erzielten Resonanz werden künftig jeweils zwei Veranstaltungsreihen im Jahr (eine im Frühjahr und eine im Herbst) durchgeführt.

Die Kosten für das Projekt bewegen sich im vertretbaren Rahmen und setzen sich aus Aufwandsentschädigungen für die beiden Trainer und Beschaffung von Equipment zusammen. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln, die von den Kooperationspartnern zur Verfügung gestellt werden, aber auch aus Spendengeldern (PSV, Förderverein „Sicheres Karlsruhe e.V.“).

Zwischenzeitlich konnte der langjährige **Boxweltmeister Sven Ottke** als Schirmherr für das Projekt gewonnen werden.

Eine Projektpräsentation auf CD liegt vor.

Arbeitsgemeinschaft „Sicherheit für Senioren“

(vgl. hierzu auch die Ausführungen unter „Themenbereich Senioren“)

Nachdem mit Beginn des Jahres 2005 die Verkehrs- und Kriminalprävention beim Polizeipräsidium Karlsruhe in der Organisationseinheit Prävention zusammengefasst worden ist, wurde in der Folge der bereits bestehende Arbeitskreis „Verkehrsprävention Senioren“ sinnigerweise um den Arbeitskreis „Kriminalprävention Senioren“ ergänzt und unter dem Dach der Arbeitsgemeinschaft „Sicherheit für Senioren“ im Stadt- und Landkreis Karlsruhe zusammengeführt.

Vor diesem Hintergrund wurde die nachfolgende Strukturierung vorgenommen:

<p>Arbeitsgemeinschaft „Sicherheit für Senioren“</p> <p>Vorsitz:</p> <p>POR Peter Westermann, Leiter Verkehrspolizei, 0721 / 939-4700</p>	
<p>Arbeitskreis</p> <p>„Verkehrsprävention Senioren“</p> <p>im Stadt- und Landkreis Karlsruhe</p> <p>Koordination:</p> <p>PHK Wilfried Fritsch,</p> <p>Leiter Verkehrserziehung, 0721 / 939-4770</p>	<p>Arbeitskreis</p> <p>„Kriminalprävention Senioren“</p> <p>im Stadt- und Landkreis Karlsruhe</p> <p>Koordination:</p> <p>EPHK Remigius Kraus,</p> <p>Leiter Prävention, 0721 / 939-4580</p>

Arbeitskreis „Verkehrsprävention Senioren“ im Stadt- und Landkreis Karlsruhe

Der Arbeitskreis, in dem Angehörige des Stadt- und Kreissenorenrates Karlsruhe und der Verkehrspolizei vertreten sind, wurde beim Polizeipräsidium Karlsruhe im Jahr 2001 auf Empfehlung der Aktion „Gib-acht-im-Verkehr“ mit dem Ziel eingerichtet, Senioren über Risiken im Straßenverkehr zu beraten und zu informieren. Vor diesem Hintergrund befasst sich der Arbeitskreis insbesondere mit Fragen

- zum verbesserten Verkehrsverhalten der Senioren
- zur Erhaltung der „automobilen“ Mobilität
- zur Vermeidung altersbedingten Fehlverhaltens
- zum Abbau altersbedingter Unsicherheiten
- zum Auffrischen von „Fahrschulwissen“
- zur gegenseitigen Verständnis- und Toleranzförderung der verschiedenen mobilen Altersgruppen.

Seit dem Jahr 2002 stellte der Arbeitskreis seine Tätigkeit alljährlich unter ein Schwerpunktprogramm. Das Jahr 2003 stand unter dem Motto „Senioren, Medikamente, Straßenverkehr“, 2004 unter dem Motto „Sehen und Hören im Straßenverkehr“ und 2005 wurden „Informationen für Senioren zum Thema Straßenbahn“ erarbeitet.

Zu jedem Thema wurden Unterlagen wie Flyer, ... gefertigt und in unregelmäßigen Abständen das gemeinsam Erarbeitete mittels Aktionen vertieft.

Arbeitskreis „Kriminalprävention Senioren“ im Stadt- und Landkreis Karlsruhe

Der Arbeitskreis „Kriminalprävention Senioren“ setzt sich aus Angehörigen des Stadt- und Kreissenorenrates Karlsruhe und der Prävention beim Polizeipräsidium Karlsruhe zusammen. Er hat sich zum Ziel gesetzt, Senioren

- über die Arbeitsweisen von Tätern aufzuklären
- für Verhaltensweisen zu sensibilisieren, die Tatgelegenheiten verhindern bzw. zumindest reduzieren
- auf ein effizientes Zeugen- und Opferverhalten hinzuwirken
- ein realistisches Gefährdungslagebild zu vermitteln und dadurch das Sicherheitsempfinden zu stärken.

Seit dem Start des Arbeitskreises „Kriminalprävention Senioren“ wurden aktuelle anlassbezogene Themen der Kriminalprävention aufgegriffen und im Arbeitskreis erörtert.

Projekt „Sicheres Nightlife“

(vgl. hierzu auch die Ausführungen unter „Themenbereich Gewalt“)

"Tolle Clubs, tolle Diskotheken, tolle Bars, tolles Nachtleben" - die Baden-Württembergische Kulturmetropole Karlsruhe erwacht nachts so richtig zum Leben und das Publikum weiß dies zu schätzen. Dass man in Karlsruhe leicht zum "Nachtschwärmer" werden kann, das ist nicht nur auf das für alle Altersgruppen attraktive und vielseitige Nightlife-Angebot zurückzuführen, sondern vor allem auf den Aspekt der Sicherheit.



Nächtliche Polizeikontrolle vor einer Diskothek

Das persönliche Sicherheitsgefühl ist ein wichtiges Kriterium bei der Bewertung des Nachtprogramms einer Stadt. Stadtsoziologische Beobachtungen weisen darauf hin, wie eng sicheres Nachtleben und positives Stadtimago miteinander verknüpft sind. Wie man beides gemeinsam zu positiven Ergebnissen führen kann, zeigt das in Karlsruhe im Jahr 2004 gestartete und in Deutschland bisher einmalige Projekt **"Sicheres Nightlife - für ein attraktives und Sicheres Nachtleben in Karlsruhe"**, das sich insbesondere gegen Gewalttäter richtet. Ein weiterer Aspekt gilt der Verhaltenssicherheit für Servicekräfte sowie einer Professionalisierung der Türsteher im Zusammenspiel mit den Polizeirevieren.

In Institutionen übergreifender intensiver Zusammenarbeit des Polizeipräsidiums Karlsruhe, maßgeblich des Polizeireviers Karlsruhe-Marktplatz, der Stadt Karlsruhe, Polizeibehörde, der City Initiative-Karlsruhe (CIK) mit ihren Mitgliedern - Diskotheken, Clubs und Erlebnisastronomie - sowie der Stadtmarketing Karlsruhe GmbH ist es gelungen, ein konzeptionell wirkungsvolles Nightlife-Sicherheitspaket zu schnüren. Das von der Projektgruppe mit fachlicher Unterstützung eines Juristen entwickelte Konzept beinhaltet dabei vor allem **"Richtlinien zur einheitlichen Festsetzung und Verwaltung von Hausverboten"**. Diese dienen in erster Linie dazu, die Sicherheit und Ordnung vor allem in den Nachtstunden zu gewährleisten, zukünftige Ausschreitungen unfriedlicher Personen zu verhindern bzw. zu reduzieren, Gewalttäter aus dem Bereich der Nachtgastronomie fernzuhalten und damit eine friedliche und attraktive Szene in den Mitgliedsbetrieben der Aktion zu gewährleisten.

Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft "Sicheres Nightlife" verpflichten sich laut Satzung "gewalttätige Personen bei Vorfällen aus ihren Betrieben zu verweisen (örtliches Verbot) und entsprechende Hausverbote aus anderen Mitgliedsbetrieben (überörtliche Hausverbote) anzuerkennen". Primärer Zweck des kollektiven Hausverbotes ist es, durch ein erhebliches Abschreckungspotential zukünftigen Gewalttaten - u. a. Körperverletzungsdelikten, Sachbeschädigungen, Sexualdelikten, Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz - und erheblichen Störungen entgegen zu wirken.

Insbesondere das im Profifußball seit einigen Jahren erfolgreich etablierte Stadionverbot für Randalierer stand Pate für das Konzept des Karlsruher Bündnisses. Wer als Täter in einem der Mitgliedsbetriebe auffällt -kontrolliert wird von den Türstehern bzw. vom Security-Service-Personal-, wird in einer von einem Anwalt geführten Datei erfasst und erhält Hausverbot in allen teilnehmenden Gastronomiebetrieben. Unverbesserlichen droht ein Strafverfahren.

Mit dem Projekt "Sicheres Nightlife" setzt Karlsruhe und seine Nachtszene ein deutliches Zeichen, vor allem auch in präventiver Hinsicht: Konzessionäre und Beschäftigte im Servicebereich der Mitgliedsbetriebe werden in einem - vom Polizeirevier Karlsruhe-Marktplatz in Zusammenarbeit mit der Polizeibehörde entwickelten - Schulungsprogramm zu adäquatem Verhalten animiert und als aktive Partner in das Aktionsprogramm integriert. Die im Mai 2005 gestartete zweite Projektphase, eine Plakataktion, Informationsflyer, Aktions-T-Shirts für die Mitarbeiter der Nachtgastronomie sowie Aufkleber für die Toiletten verkünden eine deutliche Botschaft: Wer gewalttätig wird, fliegt raus und bekommt wie im Fußball für eine doppelte Saison - zwei Jahre - die "Rote Karte"!

Und das Projekt zeigt schon sichtbare Erfolge: In der einjährigen Testphase wurde gegen 110 Personen das kollektive Hausverbot ausgesprochen. Nur ein Einziger aus diesem Personenkreis trat während der „Testphase“ als Wiederholungstäter nochmals in Erscheinung.

Der Erfolg der Aktion stößt bereits auf überregionale Resonanz. Verschiedene Städte sind an dem Projekt interessiert. Denn es überzeugt vor allem auch in seinem kollektiven Präventivansatz: Nur wenn sich Diskotheken- und Nachtgastronomie-Betreiber zu einem gemeinsamen, konsequenten Handeln gegenüber gewaltbereiten Akteuren entschließen, wenn sich Diskotheken, Clubs und Nachtgastronomie dem Publikum aktiv wahrnehmbar als sichere "Nightlife"-Orte präsentieren, können zukünftig Gewaltpotenziale gezielt vermindert und somit das "Nightlife"-Standortimage positiv gesteigert werden.

Projekt „RESET - Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten“

(vgl. hierzu auch die Ausführungen unter „Themenbereich Sucht“)



Nach Untersuchungen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sind immer mehr junge Menschen bereit, illegale Drogen zu konsumieren. Während es für Erwachsene größtenteils ausreichend Beratungs- und Therapieangebote gibt, fehlt ein jugendspezifisches Angebot zur Frühintervention bei schädlichem und riskantem Gebrauch von illegalen Drogen.

Eine große Gruppe Jugendlicher hat Konsumerfahrungen mit illegalen Drogen, in der Regel liegt jedoch noch kein verfestigtes Konsummuster vor. Sie haben noch die Chance ihr eigenes Konsumverhalten zu reflektieren und zu verändern. Gleichzeitig ist festzustellen, dass die wenigsten Jugendlichen mit missbräuchlichem und riskantem Drogenkonsum die Angebote der Drogenhilfe nutzen. Die Motivation, sich mit seinem Drogenkonsum auseinander zu setzen, steigt aber deutlich, wenn gerade ernstzunehmende Schwierigkeiten auftreten bzw. drohen, z.B. durch polizeiliche Ermittlungen wegen Drogenbesitzes.

Diese Kenntnisse und Erfahrungen führten zu einer Initiative des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung zur Entwicklung des bundesweiten Modellprojekts FreD „Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten“.

Mittlerweile wird „FreD“ an ca. 120 Orten in Deutschland angeboten.

Die Umsetzung des bundesweiten Projekts erfolgt in Karlsruhe unter dem Namen RESET, einem Gemeinschaftsprojekt von Polizeipräsidium Karlsruhe und Drogenhilfe Karlsruhe in Kooperation mit der Staatsanwaltschaft und der Jugendgerichtshilfe.

Projektbeschreibung

RESET ist ein kostenloses Kursangebot für 14- bis 21jährige, die erstmals polizeilich durch den Besitz von Cannabis, Amphetaminen, Ecstasy oder biogenen Drogen für den Eigenkonsum aufgefallen sind. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden im Rahmen der Ermittlungen durch die Polizei über die Möglichkeit der Teilnahme an einem RESET-Kurs informiert. Besteht Bereitschaft, wird durch die Drogenhilfe in einem Eingangsgespräch festgestellt, ob sie für den RESET-Kurs geeignet erscheinen oder ob im speziellen Fall auf andere Beratungsangebote der Drogenhilfe zurückgegriffen werden sollte.

Das 8-stündige Kursangebot umfasst detaillierte Informationen aus den Bereichen Recht, Drogenkunde und Entstehung von Sucht. Die Kursteilnehmer sollen sich mit ihren Konsummustern auseinandersetzen und in der Gruppe Verhaltensalternativen erfahren.

Zielgruppe

Das RESET-Angebot richtet sich an:

- 14 - 21-Jährige
- Konsumenten von Cannabis, Amphetamin, Ecstasy oder biogenen Drogen, nicht aber von Kokain oder Heroin
- Erstmals, in Ausnahmefällen auch zum zweiten Mal wegen eines Drogendeliktens bei der Polizei auffällig Gewordene.

Verfahrensablauf

Die Beamten des Polizeipräsidiums Karlsruhe prüfen bei Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz in Verbindung mit Cannabis, Amphetaminen, Ecstasy und biogenen Drogen, ob der Beschuldigte zu der Zielgruppe gehört und damit für das Hilfeangebot RESET in Betracht kommt.

Bei Vorliegen der Kriterien wird der Beschuldigte vom Sachbearbeiter über das Projekt informiert und erhält ein Faltblatt (Flyer) mit Hinweisen zum Projekt. Bei Minderjährigen werden die Eltern/Erziehungsberechtigten unabhängig vom Interesse des Jugendlichen unmittelbar informiert. Bei Teilnahmeinteresse erfolgt die Verständigung der Drogenhilfe Karlsruhe unter Nennung des polizeilichen Aktenzeichens durch den Sachbearbeiter.

Diese Datenübermittlung an die Drogenhilfe Karlsruhe erfordert zwingend die Einwilligung des Betroffenen, bei Kindern und Jugendlichen die Zustimmung der Eltern/Erziehungsberechtigten. Es gilt der Grundsatz der Freiwilligkeit.

Die Mitteilung der Polizei an die Jugendgerichtshilfe erfolgt wie bisher, ergänzt um den Hinweis, dass der Jugendliche über RESET informiert wurde und sein Interesse bekundet hat.

Die Abgabe des polizeilichen Anzeigenvorgangs an die Staatsanwaltschaft Karlsruhe erfolgt mit dem Hinweis: „Information über RESET ausgehändigt“ und „Teilnahme am Projekt RESET ja / nein“ (soweit bekannt). Weiterhin wird dem Anzeigenvorgang die Einverständniserklärung beigefügt.

Die Bestätigung der Teilnahme erfolgt von der Drogenhilfe Karlsruhe durch eine Mitteilung an die Jugendgerichtshilfe/Polizei, sobald der komplette Kurs absolviert wurde. Eine weitere Bestätigung geht dem Kursteilnehmer direkt zu. Die Drogenhilfe Karlsruhe bemüht sich, die Kursteilnahme innerhalb von 4 Wochen zu ermöglichen.

Die Teilnahme am RESET-Kurs kann sich bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe im Rahmen der dortigen Entscheidungsfindung strafmildernd auswirken.

Das Projekt wird u.a. mit Mitteln der Förderinitiative Jugendkriminalprävention (FJK) gefördert.

Kooperation „Agneshaus“ - Polizeiliche Prävention im Kindergarten

Das Polizeipräsidium Karlsruhe hat im Jahr 2005 mit der katholischen Schule „Agnes-Haus“, einer Fachschule für Sozialpädagogik und damit Ausbildungsstätte für angehende Erzieherinnen/Erzieher das gemeinsame Projekt „Polizeiliche Prävention im Kindergarten“ begonnen.

Ausschlaggebend für dieses Projekt waren folgende Überlegungen/Erkenntnisse (teilweise auch aus den Vorgesprächen gewonnen):

- Präventionsveranstaltungen in Kindergärten werden bislang im Stadt- und Landkreis Karlsruhe nicht flächendeckend und einheitlich durchgeführt
- den Kindergartenleitungen sind die Möglichkeiten und Präventionsangebote der Polizei teilweise nicht bekannt
- die Thematisierung von polizeilichen Präventionsinhalten durch die Erzieher/Erzieherinnen selbst ist nur wenig ausgeprägt und überschreitet so gut wie nie die Grenze der Tagesroutine
- das Erarbeiten von polizeilichen Präventionsinhalten, das Erschließen von Informationsquellen und die Nutzung entsprechender Präventionsmedien sind (mangels Kenntnis) eher unterentwickelt
- es ist fraglich, ob die gelegentlichen Besuche von Verkehrserziehern und Präventionsbeamten der Polizeireviere bei den Kindern/Eltern/Erziehern eine nachhaltige und gewünschte Wirkung entfalten
- Prävention entfaltet eine größere Wirkung, wenn alle Beteiligten eng zusammenwirken.

Von Seiten des Polizeipräsidiums waren die Prävention und die Verkehrspolizei sowie der Jugendsachbearbeiter des Polizeireviers Karlsruhe-Südweststadt am Projekt beteiligt.

Inhalt/Ablauf des Projekts

Theoretischer Teil

Die beiden Oberkurse der Fachschule wurden im vergangenen Jahr zwei Tage lang im „Haus Agnes“ über folgende Themen informiert:

Schwerpunkt Verkehrsprävention

- Wahrnehmungsentwicklung bei Kindern im Primarbereich
- Bewegungsentwicklung bei Kindern im Primarbereich
- Kinderunfalllagebild
- Verkehrserziehung im Primarbereich für Kinder und Eltern
- Verkehrspuppenbühne

Schwerpunkt Kriminalprävention

- Kinder als Täter und Opfer von Straftaten
- Gewalt und Eigentumsdelikte unter Kindern; Thematisierung mittels Puppenspiel
- Abbau von Schwellenängsten und Schaffen von Vertrauen zur Polizei durch Besuch einer Polizeidienststelle (am Beispiel des Polizeireviers Karlsruhe-Südweststadt)

Die Wissensvermittlung erfolgte durch Referenten der Polizei und durch Sozialpädagogen des „Agnes-Hauses“ teilweise einzeln, teilweise im „Tandemunterricht“.

Praktischer Teil

Schon vor Beginn der Zusammenarbeit zwischen Polizei und „Agnes-Haus“ war vorgesehen, dass sich an die theoretische Wissensvermittlung ein praktischer Teil anschließen sollte. Zwei Schülerinnen des Oberkurses haben deshalb Kontakt mit ihrer Praktikumsstelle aufgenommen und die Erlaubnis erhalten, im Rahmen ihres Praktikums das Erlernte in die Praxis umzusetzen. Die beiden Schülerinnen haben sich für die Durchführung eines Verkehrssicherheitsprojekts entschieden.

Von beiden Auszubildenden wurden folgende Projektinhalte geplant:

- Bewegung im öffentlichen Raum mit Schwerpunkt Verhalten im Verkehr
- Bewegungserfahrungen mit Schwerpunkt Gleichgewicht
- Begegnung mit der Polizei (Verkehrserzieherin)
- Abbau von Schwellenängsten und Schaffen von Vertrauen zur Polizei durch Besuch einer Polizeidienststelle (eine Gruppe beim Polizeirevier Karlsruhe-Südweststadt, eine Gruppe beim Polizeirevier Karlsruhe-Weststadt)
- Durchführung von Elternabenden zum Thema unter Mitwirkung der Polizei

Aussichten

Die Zusammenarbeit zwischen „Agnes-Haus“ und Polizei hatte für alle Beteiligten Pilotcharakter und soll fortgeführt werden. Die angehenden Erzieherinnen/Erzieher standen den angebotenen Themen sehr aufgeschlossen gegenüber und scheinen als Multiplikatoren sehr gut geeignet.

Über die Fachschule können von der Polizei neue Zielgruppen für die polizeiliche Präventionsarbeit erschlossen werden. So gibt es bereits konkrete Überlegungen über eine Unterweisung von bereits ausgebildeten Erzieherinnen/Erziehern.

Selbstbehauptungskurse

(vgl. hierzu auch die Ausführungen unter „Themenbereich Sexuelle Gewalt“)

Das Zentrum für Einsatztraining beim Polizeipräsidium Karlsruhe bietet regelmäßig Selbstverteidigungskurse für Mädchen ab 15 Jahren und für Frauen an.

Das Angebot besteht für Schulen, Ausbildungsbetriebe, Firmen und Behörden. Die Seminare teilen sich in einen zweistündigen Theorie- und einen dreistündigen Praxisteil.

Im Theorieteil geht es um die Phänomenologie von Gewalt, Statistiken, Anzeige bei der Polizei, Auftreten und Verhalten von Frauen, Konfliktlösungsstrategien und mögliche Hilfsmittel zur Abwehr von Angriffen.

Im Praxisteil werden praktisches „Nein-Sagen“ und der so genannte „Schockschrei“ geübt sowie verschiedene Angriffstechniken, Pratzentraining, Taktik, Tipps und Tricks vermittelt.

Grundsätzlich geht es darum, in Konfliktsituationen nicht zu einer Eskalation beizutragen, sondern durch selbstsicheres Verhalten, Rechtskenntnisse und Selbstverteidigung Gewalt entgegen zu wirken bzw. mit ihr umzugehen.

Projekt „Fit for future“

Das Projekt „Fit for future“ richtet sich an straffällig gewordene und/oder strafrechtlich in Erscheinung getretene Jugendliche und ist in Zusammenarbeit zwischen dem Polizeiposten Karlsruhe-Neureut, dem CVJM Karlsruhe e.V. und weiteren Kooperationspartnern entstanden.

Ziel des Projektes ist es, die Selbstbehauptung und Selbstsicherheit der teilnehmenden Jugendlichen zu stärken, ihnen Toleranz im Umgang miteinander zu vermitteln und dadurch einen wesentlich Beitrag zur Integration von Aussiedlern zu leisten.

Auslöser für dieses Projekt war die Erkenntnis, dass eine Gruppe von Jugendlichen, hauptsächlich Spätaussiedler und weitere mit Migrationshintergrund, eine Belastung des Stadtteils darstellt und Einzelne aus dieser Gruppe bereits polizeilich auffällig geworden sind. Um der Gefahr eines dauerhaften Abgleitens in die Kriminalität bzw. des Anstiftens anderer zu kriminellen Handlungen vorzubeugen, wurde folgendes Maßnahmenbündel beschlossen:

- Vermittlung von Sozialkompetenz mit Hilfe eines umfangreichen erlebnispädagogischen Programms, insbesondere mit behinderten Menschen (u.a. im Seilgarten)
- Vermittlung und Erprobung von Fachkompetenz beim Bau von behindertengerechten Klettergeräten
- Heranführung und Begleitung der Jugendlichen während des Projektes durch die Polizei.

Kernpunkt des Projektes ist die Forderung, dass die Jugendlichen die Angebote mit Behinderten in Eigenverantwortung durchführen.

Das Projekt wird u.a. mit Mitteln der Förderinitiative Jugendkriminalprävention (FJK) gefördert.

Projekt „Schulbusbegleiter Bretten“



Die „frisch gebackenen“ Schulbusbegleiter nach Aushändigung der Ausweise

Das kennt jeder, der mit dem Schulbus unterwegs ist: das tägliche Drängeln und Quetschen an der viel zu engen Bustür, den sperrigen Ranzen auf dem Rücken und immer die Angst im Nacken, keinen der begehrten Sitzplätze mehr zu bekommen. Rängeleien und Drängeleien auf dem Schulweg, an den Haltestellen und in den Bussen gehören leider zur Realität und führen immer wieder zu gefährlichen Situationen.

Um dem entgegenzuwirken wurden auf Initiative des Vorsitzenden des Gesamtelternbeirates der Stadt Bretten, in einer Kooperation zwischen dem Edith-Stein-Gymnasium, dem Melanchthon-Gymnasium, der Max-Planck-Realschule und der Prävention beim Polizeipräsidium Karlsruhe, der Verkehrspolizei Bruchsal und der Fa. RVS-Südwestbus ein „Schulbusbegleiter“ - Projekt für die Buslinie 733 von Bretten nach Pforzheim ins Leben gerufen, das im November 2005 angelaufen ist. Verantwortlich für die Organisation und Koordination des Projektes ist die Prävention beim Polizeipräsidium Karlsruhe.

Siebzehn Schülerinnen und Schüler sollen mit ihrer Anwesenheit an der Haltestelle und im Bus die Sicherheit verbessern, das faire Miteinander fördern und Fehlverhalten entgegenwirken. Hierauf wurden sie in einer speziellen Ausbildung vorbereitet. Neben dem Thema „Sicherheit und Gefahren rund um den Bus“, das von einem Beamten der Verkehrspolizei, Außenstelle Bruchsal, äußerst anschaulich dargestellt wurde, wurden auch verschiedene Techniken der Deeskalation und der Konflikt handhabung vermittelt.

Ausgestattet mit diesem Wissen sind die „frisch gebackenen“ Schulbusbegleiter in der Lage, aufkeimende Konflikte frühzeitig zu erkennen und diese - immer natürlich zu zweit, um sich nicht selbst zu gefährden - ohne Gewaltanwendung zu schlichten. Gleichzeitig sind sie aber auch vertrauensvolle und hilfsbereite Ansprechpartner für ihre Mitschüler und den Busfahrer.

Positiver Nebenaspekt für deren ehrenamtliches Engagement ist ein entsprechender Vermerk im Zeugnis.

Dass sie durch ihren Einsatz selbstbewusster geworden sind, Konfliktsituationen besser meistern können und Probleme ohne das Zutun von Erwachsenen lösen können, davon berichteten Teilnehmer vergleichbarer Projekte aus anderen Städten. Auch in Bretten waren sich am Ende der Ausbildung alle einig, mit dem Projekt einen großen Schritt auf dem Weg zu einem sicheren Miteinander getan zu haben.

Damit auch während des Projektes alles „rund“ läuft, werden die Schulbusbegleiter durch die Lehrer der Streitschlichterteams ihrer Schulen betreut.

Projekt „Sicherheitsplakette“



Das von der Kriminalpolizeilichen Beratungsstelle ausgearbeitete Projekt sieht vor, Mieter und Eigentümer von Wohnungen und Häusern bei der ersten sicherungstechnischen Beratung (Schwachstellenanalyse) auf die Möglichkeit einer neutralen Nachschau aufmerksam zu machen. Die Nachschau soll nach erfolgter Realisierung der sicherungstechnischen Hinweise der Beratungsstelle erfolgen und mit der Vergabe der Sicherheitsplakette abschließen.

Das Projekt wurde im November 2004 anlässlich der Verbrauchermesse „Offerta“ der Öffentlichkeit präsentiert. Zahlreiche Medienveröffentlichungen in 2004 und 2005 folgten. Dabei wurden das Design der Sicherheitsplakette und die Werbeträger (Plakate, Flyer, Banner) sehr positiv angenommen und als gelungen bezeichnet.

Im Jahr 2005 wurden 80 Sicherheitsplaketten vergeben. Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass auch die Volkswohnung GmbH Karlsruhe auf Anregung der Kriminalpolizeilichen Beratungsstelle im Rahmen ihrer Modernisierungsmaßnahmen und Neubauten in Sicherheitstechnik investiert. Mittlerweile wurde der mechanische Grundschutz bei 41 Mehrfamilienhäusern (entspricht 144 Hauseingängen oder 2133 Wohneinheiten) realisiert. Als Anerkennung ist im Frühjahr 2006 eine medienwirksame, symbolische Übergabe einer Sicherheitsplakette an den Vorstand / den Geschäftsführer der Volkswohnung GmbH Karlsruhe geplant.

Das Projekt wurde mit Geldern der Fördervereine „Sicheres Karlsruhe e.V.“, „FÖSSL e.V.“ und „Sicheres Stutensee e.V.“ gefördert.

Projekt „Opfereinsatz auch im Ruhestand“

(vgl. hierzu auch die Ausführungen unter „Themenbereich Opferschutz“)

„**Wenn alle den Verbrecher jagen, wer bleibt dann eigentlich beim Opfer?**“ Diese Frage war einer der Auslöser dafür, dass sich seit dem 01.08.2003 Pensionäre des Polizeipräsidiums Karlsruhe unter dem Motto „**Opfereinsatz auch im Ruhestand**“ zusammengefunden haben. Waren es anfänglich 12 „Jung-Pensionäre“, so ist die Zahl auf zwischenzeitlich 20 Pensionäre angewachsen.

Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, sich aktiv in die Opferhilfe einzubringen, wodurch sie einen wertvollen Dienst an Bürgern leisten, die durch Straftaten oder Unglücksfälle aus ihrer gewohnten Bahn geworfen wurden.

Das Konzept sieht vor, dass sich die berufs- und lebenserfahrenen Kollegen und Kolleginnen der oft älteren und meist auf sich allein gestellten Opfer ganz persönlich annehmen und ihnen **ehrenamtlich, unentgeltlich** und **professionell** helfen, ihr Gefühl der Hilflosigkeit und Unsicherheit zu überwinden. Allerdings spielt das Alter des Opfers genauso wenig eine Rolle wie die Schwere des Deliktes oder Unglücksfalles; geholfen wird jedem, der diesbezüglich der Hilfe bedarf.

Dabei geht es neben der mitmenschlichen Zuwendung zumeist um ganz pragmatische Hilfestellungen wie z.B. die Begleitung und Unterstützung bei Behördengängen, die Herstellung von Kontakten zu Beratungsstellen und Hilfseinrichtungen (Weißer Ring, ...) sowie die Hilfe bei der Beantwortung versicherungstechnischer Fragen.

Manchmal genügt aber auch das „einfache“ persönliche Gespräch, denn der reiche Erfahrungsschatz und die Einfühlsamkeit der Ruheständler geben dem Opfer den dringend benötigten psychischen Halt.

So drückt dies z.B. eine ältere Dame, die Opfer eines Handtaschenraubes geworden war, in einem Dankschreiben mit folgenden Worten aus:

„.....insbesondere war die freundliche Beratung und Hilfe durch den Polizeipensionär von der Opferbetreuung wirklich das Beste. Ich finde es sehr gut, dass es diese Einrichtung der Opferbetreuung gibt. Als allein stehende, ältere Frau wäre ich sicherlich zu der Zeit nicht fähig gewesen, die anstehenden Angelegenheiten zu regeln. Es stärkt das Vertrauen. „

Die Frage, wie das Opfer in den Genuss dieser Hilfe kommt, hat der Sachbearbeiter des jeweiligen Falles zu klären. Nach eingehender, sensibler Prüfung entscheidet dieser, inwieweit er dem Opfer einer Straftat oder eines Unglücksfalles entsprechende Hilfestellung anbieten bzw. auf Wunsch vermitteln kann. Die Anforderung eines pensionierten Kollegen erfolgt vom Sachbearbeiter bei der Opferschutzkoordinatorin, in dringenden Fällen über den Polizeiführer vom Dienst. Selbstverständlich wird zuvor das Einverständnis des Opfers eingeholt.

Die Zusammenarbeit mit den etablierten Hilfseinrichtungen und Beratungsstellen, zu denen das Projekt **nicht** in Konkurrenz steht, funktioniert ausgesprochen gut. Insbesondere der **Weißer Ring** fordert hin und wieder einen „Opferschützer“ des hiesigen Projektes an.

Koordinierungsarbeit und weitere Unterstützung wird von der Opferschutzkoordinatorin des Polizeipräsidiums Karlsruhe vorgenommen. Sie ist in ständigem Kontakt mit den angeforderten Pensionären.

Zum Zwecke des Erfahrungsaustausches und zur Gewährleistung einer möglichst effizienten Arbeit treffen sich die Opferschützer mindestens einmal im Jahr.

Das Projekt „**Opfereinsatz auch im Ruhestand**“ hat im Jahr 2004 bei dem landesweit in Baden-Württemberg ausgeschriebenen Ehrenamtswettbewerb „**Echt gut!**“ teilgenommen und unter mehr als 1700 Bewerbern die Finalrunde erreicht. In der Rubrik „Soziales Leben“ ist es sogar unter den ersten Zehn „gelandet“.

Beim Ehrenamtswettbewerb in Karlsruhe am 11.06.2005 unter dem Motto „**Recht.So!**“, an dem 120 ehrenamtlich und freiwillig Engagierte teilgenommen haben, erhielt das Projekt von der Jury eine mit einem Preisgeld verbundene Auszeichnung.



Opferschutzkoordinatorin Ulla Stärk vor dem Plakat „Opfereinsatz auch im Ruhestand“

Um den Bekanntheitsgrad dieses bislang bundesweit einmaligen Projekts unter den Kollegen und der Bevölkerung im Stadt- und Landkreis Karlsruhe weiter zu erhöhen, ist zwischenzeitlich ein einheitliches Öffentlichkeitsprofil in Form von Plakat, Flyer, Post- und Visitenkarten erstellt worden.

Als Ausfluss einer Polizeichefbesprechung, bei der unsere Polizeipräsidentin auf das Projekt aufmerksam gemacht hat, ist es zwischenzeitlich Bestandteil einer landesweiten Polizei-Führungsinformation geworden.

Medien und Materialien

Medien des ProPK

Präventionshandbuch für Polizeibeamte

Mit dem Handbuch „Prävention auf einen Blick“ wurde erreicht, dass Polizeibeamte, die direkten Bürgerkontakt haben und über keine spezielle Ausbildung für den Bereich „Kriminalprävention“ verfügen, die Möglichkeit haben, sachgerechte Informationen und Präventionsmöglichkeiten zu verschiedenen Themen und Deliktsbereichen an den Bürger weiterzugeben.

Das 181 Seiten umfassende Nachschlagewerk im Format A4 wurde in einem Ringordner (mit der Möglichkeit der Nachlieferung und Aktualisierung) an alle Polizeidienststellen herausgegeben.

Faltblatt zum Thema „Missbrauch des Begriffs Polizei“

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei sowie deren Neutralität und Kompetenz werden mitunter von Agenturen oder Anzeigenverwaltungen in manchmal auch betrügerischer Weise eingesetzt, um für ihre Produkte und Dienstleistungen zu werben.

Das Faltblatt „Werbung mit unserem guten Namen Polizei?“ soll insbesondere Geschäftsleute über unlautere Werbepraktiken informieren und einen ausreichenden Kenntnisstand über die Verwendung des Wortes „Polizei“ bei Werbung in polizeibezogenen Publikationen vermitteln.

„Jugendschutz-Trainer“ - Interaktives Lern und Informationsangebot

Vergleiche hierzu die Ausführungen unter „Themenbereich Jugendschutz“.

Faltblatt zum Thema „Schutz rund ums Kraftfahrzeug“

Das Faltblatt „Bremsen Sie Diebe rechtzeitig aus!“ wurde entwickelt, um Kraftfahrzeugbesitzer auf die Problematik „Diebstahl von und aus Kraftfahrzeugen“ aufmerksam zu machen, sie aber auch über technische Sicherungsmöglichkeiten zu informieren.

PC-Spiel „Luka und das geheimnisvolle Silberpferd“

Vergleiche hierzu die Ausführungen unter „Themenbereich Gewalt“.

Gefahren im Internet

„E-Commerce - Ein boomender Wirtschaftszweig“

Der Handel mit Waren und Dienstleistungen über das Internet, auch „Electronic Commerce“ genannt, hat sich zu einer festen Größe im Wirtschaftsleben entwickelt. Immer mehr Firmen bieten eine Geschäftsabwicklung über das Netz an und immer mehr Internet-Teilnehmer nutzen die bereitgestellten Angebote. Längst haben aber auch Kriminelle den Handel im Internet für ihre Machenschaften entdeckt. Auf der Internet-Seite www.polizei-beratung.de steht ein Informationsangebot mit Verhaltensempfehlungen und Vorbeugungstipps zur Online-Geschäftsabwicklung zur Verfügung.

„Phishing – Schützen Sie sich vor der dreisten Tour der Daten-Klauer!“

Das „Online-Banking“ boomt. Mittlerweile nutzt fast jeder Dritte die Möglichkeit zum virtuellen Bankbesuch. Dies machen sich auch gewiefte Betrüger zu Nutze und versuchen, an persönliche Konten- und Zugangsdaten von Kunden zu gelangen. Wie man sich vor derartigen Angriffen schützen kann und weitere Informationen über das Thema „Phishing“ findet der Internet-User ebenfalls auf der genannten Internet-Seite.

Faltblatt zum Thema „Zahlungskartenbetrug“

Der bargeldlose Zahlungsverkehr ist heutzutage selbstverständlich - sei es in Form von Überweisung, Lastschrift, Wechsel, elektronischem Zahlungsverkehr oder mittels so genannter Zahlungskarten. Zu den Zahlungskarten gehören beispielsweise die ec-Karte/Bankkarte sowie Kreditkarten wie Eurocard/Mastercard, Visa, American Express oder Diners, die in Handel und Gastronomie allgemein akzeptiert sind. Zur Verbesserung des Informationsstandes der Bevölkerung über Zahlungskartenkriminalität und die damit verbundenen Tatbegehungsweisen sowie zu einem verstärkten sicherheitsbewussten Verhalten beim Umgang im bargeldlosen Zahlungsverkehr hat das ProPK in Zusammenarbeit mit Fachleuten aus der Kreditwirtschaft das Faltblatt „Vorsicht Karten-Tricks!“ erarbeitet. Die Verteilung ist im Frühsommer 2005 erfolgt.

Pflichtenkatalog für Mechanik-Errichter

Zur Erarbeitung eines bundeseinheitlichen Pflichtenkatalogs für Errichterunternehmen von mechanischen Sicherungseinrichtungen war von der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention eine Projektgruppe ins Leben gerufen worden.

Der bundeseinheitliche Pflichtenkatalog liegt seit Juli 2005 vor und dient Unternehmen der Branche als Basis für den Eintrag in den „Nachweis über Errichterunternehmen von mechanischen Sicherungseinrichtungen“. Die daraus resultierende Handwerkerliste wird von den Kriminalpolizeilichen Beratungsstellen dem Rat suchenden Bürger zur Verfügung gestellt.

Faltblatt zum Thema „Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse für Kinder“

Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse spielen eine große Rolle in der Prävention von Gewalt und sexueller Gewalt gegen Mädchen und Jungen. Mit jedem Fall von Kindesmissbrauch, der über die Medien bekannt wird, steigt die Nachfrage - und damit auch das Angebot an Kursen. Das Thema boomt. Eltern und Schulen können zwischen vielfältigen Kursangeboten von Vereinen und Initiativen wählen. Dabei fällt es bei diesem hochsensiblen Thema oft schwer zu beurteilen, ob ein Kurs geeignet, sinnvoll und wirkungsvoll ist. Die zahlreichen Anfragen und Nachfragen bei den verschiedenen Beratungsstellen belegen dies.

Das zum Jahresende 2005 vorgelegte Faltblatt gibt den Eltern eine Entscheidungshilfe an die Hand, mit der sie konkrete Kursangebote prüfen und vergleichen können. Die Herausgeber haben die wichtigsten Informationen über Selbstbehauptungskurse für Kinder zusammengestellt und geben einen Überblick über seriöse Kursinhalte und -ziele. Eine Checkliste beschreibt die Merkmale eines guten und wirkungsvollen Kurses.

Wichtig ist, dass Eltern über Inhalt und Ablauf der Kurse Bescheid wissen und Informationen erhalten, wie sie selber im Alltag zum Schutz ihrer Kinder beitragen können. Die Kurse müssen von qualifizierten Trainern durchgeführt werden, die über fundierte pädagogische Kenntnisse verfügen und kompetent mit möglichen Gewalterfahrungen von Kindern umgehen können.

Ein Kurs sollte eine geschlechterdifferenzierte Konzeption haben und an den Stärken und Fähigkeiten der Mädchen und Jungen ansetzen. Darauf aufbauend werden die Kinder für Grenzverletzungen und gefährdende Situationen im Alltag sensibilisiert. Gewarnt wird vor unseriösen Werbestrategien wie z.B. „Geld zurück bei Nichterfolg“.

Die Herausgeber legen Wert auf den Hinweis, dass ein Kurs vorbeugende Erziehung der Eltern immer nur ergänzen, aber nicht ersetzen kann. Auf keinen Fall darf der Kurs den Kindern einen falschen Eindruck von Sicherheit vermitteln. Kinder sind nicht verantwortlich für Gewalt, die ihnen angetan wird.

Das Faltblatt wurde von der Aktion Jugendschutz, dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg und der Landesarbeitsgemeinschaft feministischer Beratungsstellen gegen sexualisierte Gewalt an Frauen, Mädchen und Jungen erarbeitet und unter dem Titel „**Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse für Kinder - Kritisch hinsehen und bewusst auswählen!**“ herausgegeben. Es ist bei jeder Polizeidienststelle erhältlich oder kann unter www.ajs-bw.de, www.lag-gsg-bw.de und www.lka-bw.de eingesehen bzw. heruntergeladen werden.

Eigene Medien

Flyer „Tricks und Betrügereien an der Haustür“, „Unseriöse Geschäftemacher“ und „Senioren unterwegs“

Um sich als Senior einen Gesamtüberblick darüber zu verschaffen, mit welchen Delikten man im Alltag konfrontiert werden und wie man sich ausreichend davor schützen kann, ist die Broschüre „Der goldene Herbst“ des ProPK ein ideales Medium.

Da aber bei den Präventionsveranstaltungen für Senioren gerade die Themen „Tricks und Betrügereien an der Haustür“ und „Unseriöse Geschäftemacher“ ganz besonders gefragt waren und wegen der Entwicklung der Fallzahlen auch einer „Vertiefung“ bedurften, wurden mit der „Arbeitsgemeinschaft Sicherheit für Senioren im Stadt- und Landkreis Karlsruhe“ gezielt diese beiden Flyer entwickelt.

Aufgrund der ständig zunehmenden Mobilität älterer Menschen und der diesbezüglich erkannten Gefahren wurde in der Arbeitsgemeinschaft auch der Flyer „Senioren unterwegs“ erarbeitet. Darin wurden alle Delikte beschrieben, mit denen Senioren unterwegs bzw. auf ihren Reisen rechnen müssen, aber auch dargestellt, wie sie sich wirksam davor schützen können.

Ergänzende Powerpointpräsentationen für die Referenten wurden erarbeitet.

Flyer „Fahrraddiebstahl“, „Pkw-Aufbruch/Pkw-Diebstahl“

Mehrere Präventionsveranstaltungen im Jahr 2005 („Tour de France“, „Tour de Ländle“, Verkehrssicherheitsevents in Diskotheken und auf der Autobahn) haben themenorientierte Medien erforderlich gemacht, die in dieser Art nicht zur Verfügung standen.

Daraus resultierten der Flyer „Fahrraddiebstahl“, der sich mit Tipps und Informationen „rund um das Fahrrad“ auseinandersetzt, aber auch Wissenswertes zur Fahrradcodierung, zum Fahrradpass und zu Fahrradschlössern beinhaltet sowie der Flyer „Pkw-Aufbruch/Pkw-Diebstahl“, der Tipps und Hinweise zur Verhinderung von Diebstahlsdelikten „rund um den Pkw“ gibt, aber auch aufzeigt, wie sich das Opfer nach einem Diebstahl verhalten sollte.

Ausblick

Kampagne „Alkoholmissbrauch durch Kinder und Jugendliche“

In den zurückliegenden Jahren hat die Zahl betrunkenen Kinder und Jugendlicher im Zusammenhang mit Festveranstaltungen besorgniserregend zugenommen. „Feiern“ wird immer mehr als „Sauf“ - Erlebnis verstanden, der Rausch wird zum Ziel des Veranstaltungsbesuches und ist nicht mehr die peinliche Ausnahme.

Mit der geplanten Kampagne gegen Alkoholmissbrauch durch Kinder und Jugendliche im Zusammenhang mit Festveranstaltungen beabsichtigt das Polizeipräsidium Karlsruhe zusammen mit der Drogenhilfe Karlsruhe, dem Kinderbüro der Stadt Karlsruhe, dem DRK, den VBK und weiteren Kooperationspartnern, mit zahlreichen aufeinander abgestimmten Maßnahmen die Problematik aufzugreifen und gezielt gegenzusteuern.

Zusammenarbeit mit Moscheevereinen

Die Polizei steht - wie andere Institutionen auch – vor der Aufgabe, sich auf die Erfordernisse einer Gesellschaft mit unterschiedlichen Kulturen einzustellen. Dabei kommt dem islamischen Kulturkreis, dem der Großteil der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland angehört, eine besondere Bedeutung zu. Vor diesem Hintergrund beschreitet die Polizei bei der Kriminalprävention neue Wege: Ausgangspunkt sind die Erkenntnisse aus dem Modellprojekt „Kooperation von Polizeidienststellen mit Moscheevereinen“ in Stuttgart, Berlin und Essen. Ziel ist es, Muslime und Moscheevereine in die Kommunale Kriminalprävention einzubinden und damit die Integration zu fördern.

In Zusammenarbeit zwischen dem/der

- Programm „Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes“
- Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
- Projekt „Transfer interkultureller Kompetenz“, Berlin und
- Strategischen Innovationszentrum der Polizei, München

ist der **Leitfaden zur Förderung der Zusammenarbeit Polizei und Moscheevereine** mit dem Ziel der Stärkung interkultureller Kompetenz mit Blick auf den Umgang mit Islamischen Gemeinden entstanden. Dieser Leitfaden bietet zwar kein Patentrezept, ist aber eine geeignete Orientierungshilfe zum Umgang mit den Erwartungen der Islamischen Bevölkerung gegenüber der Deutschen Polizei.

In der **Fachkonferenz** am 08. und 09.11.2005 im Stuttgarter Rathaus haben Experten **über die Möglichkeiten und Grenzen von Kooperationen mit Moscheevereinen** diskutiert.

Damit gaben die Polizeiliche Kriminalprävention und die Bundeszentrale für politische Bildung gemeinsam den Startschuss für einen noch engeren Dialog zwischen Muslimen, Polizei, Kommunen und weiteren gesellschaftlichen Kräften.

Hierzu steht ein ganzes Maßnahmenpaket zur Verfügung, das es im Jahr 2006 umzusetzen gilt.

Sensibilisierungskampagne „Aufmerksam unterwegs“



Die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder hat nach den Anschlägen in London beschlossen, im Rahmen einer Aufklärungs- und Beratungsinitiative sowohl an die Betreiber und deren Personal als auch an die Nutzer des ÖPV heranzutreten, um die Möglichkeit der Früherkennung geplanter Anschläge zu erhöhen.

Hierzu wurden Handlungsempfehlungen für die Verkehrsunternehmen und die Polizei entwickelt. Wesentlicher Bestandteil des Gesamtkonzepts ist die vom ProPK erarbeitete Sensibilisierungskampagne "Aufmerksam unterwegs" für das Personal und die Nutzer des ÖPV.

Ziel der Sensibilisierungskampagne ist es, die Aufmerksamkeit im Hinblick auf tatbezogene Geschehensabläufe und täterrelevante Verhaltensweisen generell zu erhöhen sowie das Personal in die Lage zu versetzen, auf entsprechende Sachverhalte adäquat zu reagieren. Darüber hinaus kann hierdurch auch das Vertrauen in die Sicherheitsarbeit der Polizei und der Verkehrsbetriebe gesteigert sowie die Akzeptanz für erforderliche Sicherheitsmaßnahmen erhöht werden.

Die im Jahr 2005 begonnenen Maßnahmen müssen im Jahr 2006 zum Abschluss gebracht werden.